

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

*Eine Neujahrsbotschaft als
Gabe zum Weltfriedenstag
am 1. Januar 2026*

Generaldirektor der
Schneider-Institute.de
RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER
Telefax (privat)
Telefon (privat)
Schneider@muenster.de

Daten gespeichert gemäß DSGVO.
USt-IdNr.: DE198574773

29. Dezember 2025 – No. 28929

In wenigen Tagen beginnt das 5. Kriegsjahr für den Fernseh-Komiker in Kiew und seine internationalen Freunde!

Eigentlich dachten meine Eltern und Großeltern, daß die friedliebende Bundesrepublik Deutschland keine Kriege führen werde, und ganz bestimmt keine Angriffskriege!

Nach zwei verlorenen Weltkriegen wollten meine Großeltern keinen dritten Krieg erleben, und auch meine Eltern hatten im Krieg von 1939 bis 1945 und in der schlimmen Zeit danach (Hungerjahre und Kriegsgefangenschaft von 1945 bis 1948) mehr als genug gelitten, aber schon am 24. März 1999 brach die Regierung Schröder/Fischer den Frieden und beteiligte sich an dem völkerrechtswidrigen NATO-Überfall auf Jugoslawien, weil diese Regierung in dem außenpolitischen Abenteuer unter dem Schirm der NATO einen Ausweg aus ihrer innenpolitischen Krise suchte. — Nicht weniger verfassungs- und völkerrechtswidrig als der deutsch-jugoslawische Krieg von 1999 war die von Olaf Scholz am 27. Februar 2022 im Bundestag verkündete „Zeitenwende“ und seine Waffenbrüderschaft mit dem ukrainischen Fernsehkomiker in Kiew anstelle einer strikten Neutralität in einem Krieg, der die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich und von Rechts wegen nichts angeht; aber Scholz suchte verzweifelt die Schwaden des Pulverrauches, der über den Schlachtfeldern der Ukraine den damals längst überfälligen Ausstieg seiner Regierung aus ihrer dilettantischen „Corona“-Politik verschleiern sollte.

So wie ich 1999 gegen den deutsch-jugoslawischen Krieg kämpfte, und mich seitdem bei jeder Gelegenheit für die Bestrafung der Täter einsetze, kämpfte ich auch gegen die deutsche „Corona“-Politik und gegen die unnatürliche „Freundschaft mit der Ukraine“, denn die Kehrseite dieser Medaille heißt „Feindschaft gegen Rußland“, Aggression statt Neutralität.

Mit Ausnahme der folgenden Einleitung, die ich aus unveröffentlichten Entwürfen von mir zusammengestellt habe, enthält diese „Gabe zum Weltfriedenstag 2026“ eine chronologische Sammlung kurzer Texte zum Zeitgeschehen rund um den Ukraine-Konflikt, die ich nach und nach unter der URL <http://www.Schneider-Institute.de/Rus.htm> schon veröffentlichte.

Vom „Wandel und Wechsel“¹ und „Zum ewigen Frieden“²

Wer weiß, daß Immanuel Kant sein ganzes Leben in seiner Geburtsstadt Königsberg verbrachte, und diese Stadt niemals verlassen hat, wundert sich über den ersten Satz in seinem Werk „Zum ewigen Frieden“ direkt unter der Überschrift: *„Ob diese satyrische Ueberschrift auf dem Schilde eines holländischen Gastwirths, worauf ein Kirchhof gemahlt war, die Menschen überhaupt, oder besonders die Staatsoberhäupter, die des Krieges nie satt werden können, oder wohl gar nur die Philosophen gelte, die jenen süßen Traum träumen, mag dahingestellt sein.“*³ —

Ob Kant, der das Schild des holländischen Gastwirths nicht persönlich gesehen haben kann, dieses in schriftstellerischer Freiheit erfunden hat, oder ob ihm ein Dritter davon berichtete, läßt sich heute wohl nicht mehr feststellen, aber dieser satirische Einstieg in das kleine Büchlein ermuntert, die Lektüre fortzusetzen, und das überraschende Ergebnis zu finden.

Ein Zeitgenosse Kants (1724-1804) war sein König Friedrich II., der Große, (1712-1786), dessen Name so untrennbar mit „Krieg und Frieden“ verbunden ist, wie der des russischen Dichters Tolstoi. War dieser König eines von jenen Staatsoberhäuptern, ich zitiere Kant, „die des Krieges nie satt werden können“?

Wem gehört Schlesien?⁴

Wir könnten die Geschichte Schlesiens rückwärts blickend betrachten oder chronologisch im „Mährischen Reich“ (nach 790) beginnen, es genügt aber, bei den „Schlesischen Kriegen“ anzufangen; darunter versteht man drei Konflikte zwischen dem Königreich Preußen und der Habsburgermonarchie, bei denen es zwischen 1740 und 1763 um den Besitz der im Jahr 1740 österreichischen Provinz Schlesien ging.⁵ Der Erste (1740–1742) und der Zweite Schlesische Krieg (1744-1745) fielen in die Zeit des Österreichischen Erbfolgekrieges (1740–1748) und bezeichnen das Engagement Preußens in dieser Auseinandersetzung. Der Dritte Schlesische Krieg ist besser bekannt unter der Bezeichnung „Siebenjähriger Krieg“ (1756–1763).⁶ Als Ergebnis des Ersten Schlesischen Krieges bekam das siegreiche Preußen den Großteil Schlesiens und die böhmische Grafschaft Glatz zugesprochen. Dieser Besitzstand wurde bei den Friedensschlüssen von 1745 und 1763 bestätigt.⁷

Fraglos war der preußische Einmarsch in Schlesien (1740) ein Eroberungskrieg, möglicherweise auch ein nach heutigen Vorstellungen „völkerrechtswidriger“ Angriffskrieg, aber König Friedrich II. (*von 1740 bis 1772 König „in“ Preußen, danach König „von“ Preußen*) hatte kluge Vorarbeit geleistet und schrieb: „Der Angreifer ist aber nicht der, der den ersten Schuß tut, sondern der, der den Plan faßt, seinen Nachbarn anzugreifen, und dies offen durch seine drohende Haltung kundgibt.“⁸ — Ein Satz, den man sich gut merken sollte!

Die Zeit von Österreichisch-Schlesien und Preußisch-Schlesien (1742-1918) endete mit dem Ersten Weltkrieg. Danach kam es im „Friedensvertrag“ von Versailles zu – geographisch und historisch unnatürlichen und politisch brisanten – Veränderungen in Mitteleuropa. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, die sich bis dahin Schlesien teilten, mußten ihre Teile Schlesiens ganz (Österreich-Ungarn) bzw. teilweise (Deutsches Reich) zu Gunsten der neu entstandenen Staaten Polen und Tschechoslowakei abgeben.⁹ Und bekanntlich war der „Friedensvertrag“ von Versailles die Wurzel des Übels, welches auf ihn folgte: *„Es gibt keinen ewigen Frieden, und es gibt keinen ewigen Krieg, das ist ein ewiges Wechselspiel“*, (René Schneider, 2022).



WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER**

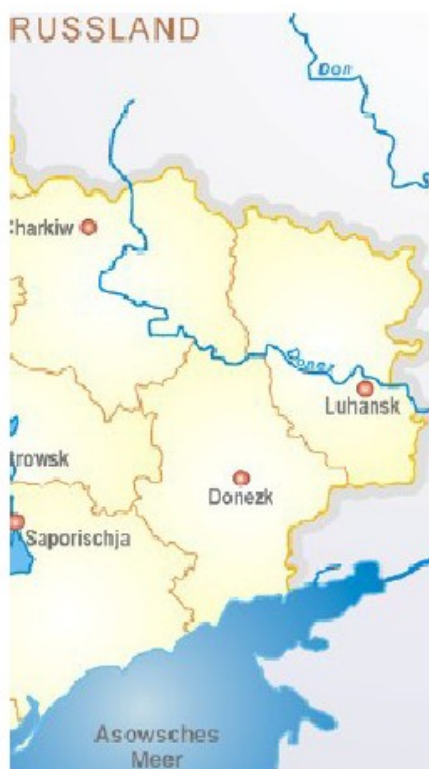
Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert: §§ 28, 33 BDSG
USt-IdNr.: DE198574773

21. Februar 2022 – No. 28099



DAS INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

- gratuliert den Volksrepubliken **DONEZK** und **LUHANSK** zur internationalen Anerkennung ihrer völkerrechtlichen Souveränität durch **RUSZLAND** und
- hofft auf einen baldigen Beitritt der jüngsten Staaten zur **RUSSISCHEN FÖDERATION** nach dem demokratischen Vorbild der **KRIM** im Jahr 2014.

DAS INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

- warnt die Kriegshetzer, Kriegstreiber und Völkerballspieler*Innen in der BRD, in der EU, in der NATO und in den USA vor einer Eskalation, welche den Frieden in der Welt und die internationale Sicherheit gefährden könnte, und
- fordert alle Staaten, welche schon den Verbrecherstaat **KOSOVO** anerkannt haben, auf, dem guten Beispiel **RUSZLANDS** zu folgen, und die Souveränität der Volksrepubliken **DONEZK** und **LUHANSK** ebenfalls diplomatisch anzuerkennen.

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

22. Februar 2022 – No. 28102

DAS INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

- gratuliert den Volksrepubliken **DONEZK** und **LUHANSK** zur internationalen Anerkennung ihrer völkerrechtlichen Souveränität durch **RUSZLAND** und
- hofft auf einen Beitritt der jüngsten Staaten zur **RUSSISCHEN FÖDERATION** nach dem demokratischen und friedlichen Vorbild der **KRIM** im Jahr 2014.

DAS INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

- warnt die Kriegshetzer, Kriegstreiber und Völkerballspieler*Innen in der BRD, in der EU, in der NATO und in den USA vor einer Eskalation, welche den Frieden in der Welt und die internationale Sicherheit gefährden könnte, und
- fordert alle Staaten, welche schon den Verbrecherstaat **KOSOVO** anerkannt haben, auf, dem guten Beispiel **RUSZLANDS** zu folgen, und die Souveränität der Volksrepubliken **DONEZK** und **LUHANSK** diplomatisch anzuerkennen.





Quelle/URL: <http://www.derglasperlenmacher.de/images/kiewer-rus-landkarte-2.jpg>

I.

Die verbrecherischen Agitatoren, Kriegshetzer, Kriegstreiber und Völkerballspieler*Innen in der BRD, in der EU, in der NATO und in den USA machen **Politik und Propaganda**, das ist der Unterschied zum [Völker-] **Recht**: Politik und ihre Propaganda mißachten jedes Recht und schaffen sich ihr eigenes [Pseudo- oder Un-] Recht.

Um welches Recht geht es im Fall von DONEZK und LUHANSK und im Fall der internationalen Querulanten und Unruhestifter UKRAINE, BRD, EU, NATO und USA?

Es handelt sich um das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das ist eine allgemeine Regel des Völkerrechts, die gemäß Artikel 25 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG) ein verfassungsrechtlicher Bestandteil des Bundesrechtes ist, den Gesetzes vorgeht und Rechte und Pflichten für die Bewohner des Bundesgebietes unmittelbar erzeugt. Auch das Rechtsstaatsprinzip aus Artikel 20 Abs. 3 GG läßt deshalb an dieser Stelle schön grüßen!

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist eines der Grundrechte des Völkerrechts. Es besagt, daß jedes Volk das Recht hat, frei über seinen politischen Status, seine Staats- und Regierungsform und seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu entscheiden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker schließt die Freiheit von Fremdherrschaft ein. Dieses Selbstbestimmungsrecht ermöglicht es jedem Volk, eine Nation bzw. einen eigenen nationalen Staat zu bilden oder sich in freier Willensentscheidung einem anderen Staat anzuschließen.

Heute wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker allgemein als gewohnheitsrechtlich geltende Norm des Völkerrechtes anerkannt. Sein Rechtscharakter wird außerdem durch Artikel 1 Ziffer 2 der UN-Charta, durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) und durch den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPWSKR) völkervertragsrechtlich anerkannt. Damit gilt es universell, und ich wiederhole: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist durch Artikel 25 GG zugleich unmittelbar geltendes Bundesverfassungsrecht. — „Bundes-Verfassungs-Recht“!

Wer das Völkergrundrecht (sic!) auf Selbstbestimmung der Bevölkerung in DONEZK und LUHANSK leugnet oder auch nur in Frage stellt, ist ein Völkerrechtsverbrecher!

II.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die preußisch-russische Konvention von Tauroggen, die am 30. Dezember 1812 die Befreiung der deutschen Völker von der französischen Fremdherrschaft einläutete. Seit dieser großartigen Allianz waren Deutschland und Rußland lange Zeit Verbündete, und sie wären heute gut beraten, an diese Tradition anzuknüpfen, so wie der Reichsgründer und -kanzler Otto von Bismarck es stets gehalten hat. So wäre schon der Erste Weltkrieg mit der klugen Staatsführung Bismarcks und ihrer deutsch-russischen Freundschaft unmöglich gewesen, und folglich hätte es auch den Versailler „Friedensvertrag“, der die eigentliche Wurzel des Zweiten Weltkrieges war, nicht gegeben.

Selbst die ekelhafte „Europäische Union“ (EU) und die – seit der Auflösung des Warschauer Paktes – völlig überflüssig gewordene und heute fraglos völkerrechts-verbrecherische NATO wären nie entstanden; Deutschland wäre immer frei und stark geblieben! — Und Deutschland muß wieder frei und stark werden, unabhängig von seinen falschen Freunden in der EU, der NATO und in Amerika! Dafür gibt es nur noch wenige Optionen: Eine davon ist die Erneuerung der Konvention von Tauroggen und die alte deutsch-russische Freundschaft.

III.

Die russische Staatlichkeit beginnt mit der Dynastie der Rurikiden im Jahr 862 und umfaßte ein riesiges Reich von Nowgorod im Norden bis Kiew im Süden, quasi die heutigen Staaten Rußland, Weißrußland und Ukraine.

Die Geschichte hat gezeigt und bewiesen, daß die Völker dieser Staaten ihre Angelegenheiten untereinander und miteinander – ganz ohne „Hilfen“ und Einmischungen von außen – regeln konnten und können, so wie das zuletzt im Jahr 2014 zwischen Rußland und der Krim geschehen ist, womit völkerrechtlich und völlig natürlich wieder zusammenwuchs, was sowieso immer zusammen gehörte. Wer diese Wahrheit leugnet, will keinen Frieden zwischen den Völkern, sondern Krieg um jeden Preis, möglicherweise auch nur um von seinen eigenen innenpolitischen Problemen abzulenken.

Die Gefährder des Friedens in der Welt heißen Joe Biden, Olaf Scholz, Greta Baerbock, Ursula von der Leyen, usw. — Wer diesen falschen Freunden folgt, macht sich mitschuldig an dem Krieg, der kommen könnte.

Aber dieser kommende Krieg könnte, wenn er nur groß genug sein wird, auch allen Völkern die Freiheit wiederbringen, denn erst wenn es in Deutschland und Europa wieder so aussieht wie am 8. Mai 1945, wird es in Deutschland und Europa auch wieder aufwärts gehen!

Der aktuelle Fortschritt muß deshalb ein Rückschritt sein in die gute alte Zeit, als das Selbstbestimmungsrecht der Völker noch von niemandem in Frage gestellt wurde, und jedes Volk auf seinen starken Nationalstaat stolz war und stolz sein durfte.

Die Völker in Deutschland und in der Welt müssen endlich erkennen, daß die Geschichte des zwanzigsten und einundzwanzigsten Jahrhunderts sie auf einen Irrweg geführt hat und, daß jetzt nur noch der Rückmarsch in starke und stolze Nationalstaaten der einzig richtige Weg in eine friedliche Zukunft ist.

*

* * *

Internationales Recht und Diplomatie
No. 28102 vom 22. Februar 2022 – Tauroggen, 1812
URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28102.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

24. Februar 2022 – No. 28104

DAS INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

- freut sich über die militärischen Operationen und den heldenmütigen Kampf russischer Soldaten gegen die Unruhestifter in dem „*failed state*“ Ukraine,
- hofft auf die baldige Befreiung der Ukraine von den ausländischen Spekulanten in der EU und in den USA, und
- warnt die Kriegshetzer, Kriegstreiber und Völkerballspieler*Innen in der BRD, in der EU, in der NATO und in den USA vor einer Eskalation, welche den Frieden in der Welt und die internationale Sicherheit gefährden könnte!



Per aspera ad astra: Krieg schafft Frieden!

Wer die von Präsident Putin am 21. Februar 2022 gehaltene Rede aufmerksam und mit Verstand gelesen hat, wurde von den Ereignissen des heutigen Tages nicht überrascht.

Обращение Президента Российской Федерации

21 февраля 2022 года 22:35 Москва, Кремль

В.Путин: Уважаемые граждане России! Дорогие друзья!

Тема моего выступления – события на Украине и то, почему это так важно для нас, для России. Конечно, моё обращение адресовано и нашим соотечественникам на Украине.

Говорить придётся обстоятельно и подробно. Вопрос очень серьёзный.

Ситуация на Донбассе вновь приобрела критический, острый характер. И сегодня обращаюсь к вам напрямую, чтобы не только дать оценку происходящему, но и проинформировать вас о принимаемых решениях, о возможных дальнейших шагах на этом направлении.

Ещё раз подчеркну, что Украина для нас – это не просто соседняя страна. Это неотъемлемая часть нашей собственной истории, культуры, духовного пространства. Это наши товарищи, близкие, среди которых не только коллеги, друзья, бывшие сослуживцы, но и родственники, люди, связанные с нами кровными, семейными узами.

URL: <http://www.schneider-institute.de/Putin-Rede-210222.pdf>

Richtungsweisend ist an dieser Stelle der letzte Absatz der einführenden Worte:

Ich möchte noch einmal betonen, dass die Ukraine für uns nicht nur ein Nachbarland ist. Sie ist ein integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, Kultur und unseres spirituellen Raums. Das sind unsere Freunde, unsere Verwandten, nicht nur Kollegen, Freunde und ehemalige Arbeitskollegen, sondern auch unsere Verwandten und engen Familienmitglieder.

Es folgt eine längere Abhandlung der russischen Geschichte seit dem 17. Jahrhundert, und eine Auseinandersetzung mit der ukrainischen Staatgeschichte seit der Revolution von 1917 und den sehr unterschiedlichen Staatsentwürfen von Lenin und Stalin.

Mit nahezu unendlicher Geduld und Präzision erläutert Präsident Putin – seitenlang – die Situation seit der Auflösung der UdSSR, das Verhältnis zwischen Rußland und der Ukraine einerseits und das Verhältnis der Ukraine zur EU und zur NATO andererseits:

Doch trotz der bekannten Probleme hat Russland immer offen, ehrlich und – ich wiederhole das – unter Wahrung seiner Interessen mit der Ukraine zusammengearbeitet, und unsere Beziehungen haben sich in einer Vielzahl von Bereichen entwickelt. So betrug der bilaterale Handelsumsatz im Jahr 2011 mehr als 50 Milliarden US-Dollar. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Handelsvolumen der Ukraine mit allen EU-Ländern im Jahr 2019, also noch vor der Pandemie, unter dieser Zahl lag.

Dabei springt es ins Auge, dass die ukrainischen Regierungen es vorzogen, so zu handeln, dass sie in den Beziehungen zu Russland alle Rechte und Vorteile, aber keine Verpflichtungen hatten.

Anstelle von Partnerschaft herrschte Abhängigkeit, die von den offiziellen Stellen in Kiew zuweilen geradezu als Kavaliersdelikt empfunden wurde. Es genügt, an die ständige Erpressung im Bereich des Energietransits und den banalen Diebstahl von Gas zu erinnern. (Anm. d. Übers.: Details der Gaskonflikte Vergangenheit, auf die Putin hier anspielt, finden Sie hier)

Ich sollte noch hinzufügen, dass Kiew versucht hat, den Dialog mit Russland als Vorwand zu nutzen, um mit dem Westen zu verhandeln, ihn mit einer Annäherung an Moskau zu erpressen und Vorteile für sich zu gewinnen: mit der Begründung, dass sonst der russische Einfluss in der Ukraine zunehmen würde.

Gleichzeitig haben die ukrainischen Regierungen von Anfang an, das möchte ich betonen, von den ersten Schritten an damit begonnen, ihre Staatlichkeit auf der Leugnung all dessen aufzubauen, was uns verbindet, sie haben versucht, das Bewusstsein und das historische Gedächtnis von Millionen von Menschen, ganzer Generationen, die in der Ukraine leben, zu entstellen. Es überrascht nicht, dass die ukrainische Gesellschaft mit dem Aufkommen des extremen Nationalismus konfrontiert wurde, der schnell die Form von aggressiver Russophobie und Neonazismus annahm. Daher die Beteiligung ukrainischer Nationalisten und Neonazis an Terrorbanden im Nordkaukasus und die immer lauter werdenden territorialen Ansprüche gegenüber Russland.

URL: <http://www.schneider-institute.de/Putin-Rede-210222.pdf>

De facto handelt es sich bei dem Regime in der Ukraine um ein Verbrecherregime, das sich auf „Erpressung im Bereich des Energietransits und den banalen Diebstahl von Gas“ stützt.

Seit dem 13. April 2014 herrscht Krieg in der Ukraine, nicht erst seit heute, und das Regime in diesem „*failed state*“ hat den Krieg seit 8 Jahren nicht beendet. Sagt nicht ein Sprichwort: „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende“? Folgt nicht auf jeden Krieg zuletzt auch wieder der Frieden?

Die vergeblichen Versuche, Kriege zu verhindern und die zwischenstaatlichen Beziehungen auf eine Friedensordnung zu gründen, können durch zwei Jahrtausende verfolgt werden (Schlochauer, „Die Idee des ewigen Friedens“, 1953, Seite 9).

Selbst die Friedensworte der „Heiligen Schrift“ der Christen verwerfen nicht den Krieg, sie bezeichnen auch nicht den Frieden zwischen den Völkern als den von ihrem Gott gewollten Zustand, sie dürfen vielmehr „nur im Sinne eines den Gläubigen verheißenen inneren Friedens verstanden werden“ (Schlochauer, Seite 10).

Das gleiche gilt für die Friedensgedanken der alttestamentarischen Propheten, die religiösen Lehren der alten ostasiatischen Völker, das Friedensideal der Antike und die Lehren des Sophokles, des Euripides und des Plato, die ausnahmslos nicht auf das Zusammenleben der Völker, sondern auf die Lebensgestaltung des Einzelnen gerichtet sind (Schlochauer, Seite 9).

Die Verkünder dieses menschlichen Glücks priesen die Vorzüge, die der Frieden gegenüber dem als notwendig hingenommenen Krieg bot und mahnten, einen Krieg in dem Bewußtsein künftiger Versöhnung zu führen (Schlochauer, Seite 10).

Ja, „wo gehobelt wird, fallen Späne“, die Soldaten auf beiden Seiten werden einen hohen Blutzoll zahlen müssen, und auch die Zivilbevölkerung muß mit Kollateralschäden rechnen, trotzdem gibt es keinen Grund, den Krieg, der den Frieden bringen soll, zu verdammen.

Die Völkerrechtslehre nimmt heute ganz überwiegend an, daß nur noch Verteidigungskriege erlaubt seien. Die Frage lautet also, ob die Ukraine Rußland angegriffen hat. Wahrscheinlich lag ein militärischer Angriff seitens der Ukraine gegen Rußland nicht vor.

Andererseits drängt sich die Frage auf, ob der Angriff eines Staates gegen einen anderen Staat wirklich militärisch erfolgen muß, um eine militärische Verteidigung zu führen. Das ist in einer Zeit, die mehr Mittel und Möglichkeiten bietet, als die Gründer der Vereinten Nationen sich vorstellen konnten, nicht mit wenigen Worten zu beantworten. Schließlich drängt sich auch die Frage auf, ob es neben der Regel nicht auch die Ausnahme geben muß. Auch diese Frage kann hier und heute nicht *ad hoc* beantwortet werden.

Die Entstehungsgeschichte der Ukraine beweist, daß deren „Geburt“ eine Mißgeburt war: Nach der russischen Februarrevolution 1917 und während der deutschen und österreichischen Besatzung am Ende des Ersten Weltkrieges entstanden zwei ukrainische Nationalstaaten, die Ukrainische Volksrepublik und Westukrainische Volksrepublik. Am 22. Januar 1919 wurde die Vereinigung der beiden Volksrepubliken beschlossen. Das Gebiet der West-Ukrainischen Volksrepublik wurde jedoch auch von Polen beansprucht und im Rahmen des Polnisch-Ukrainischen Krieges bis Juli 1919 vollständig besetzt; jedoch wurden im Polnisch-Sowjetischen Krieg die polnischen Truppen kurz darauf zurückgedrängt. In der Folge fielen die westukrainischen Gebiete an Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei, die Zentral-, Ost- und Südukraine an die Russische Sowjetrepublik. Parallel dazu gelang es der überwiegend bäuerlichen Machno-Bewegung im Südosten des Landes, eine anarchistische Revolution durchzuführen. Zunächst halfen die Anarchisten den sowjetischen Bolschewiken gegen die konservativ-monarchistischen „Weißen“ von Anton Denikin, dann wurden sie jedoch selbst von den Bolschewiken vernichtet. Im Verlauf des sehr wechselvollen und blutigen Russischen Bürgerkriegs wurden die meisten Gebiete der Ukraine von der Roten Armee erobert und unter Leo Trotzki Sowjetrußland angeschlossen. Mit der Gründung der Sowjetunion am 30. Dezember 1922 wurde die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) gegründet. — Der Rest ist bekannt: Seit dem Untergang der UdSSR ist die Ukraine ein Pulverfaß, ein Brandherd, ein Unruheherd und ein Spielball ausländischer Spekulanten, der Versuch einer ukrainischen Eigenstaatlichkeit ist zweimal gescheitert.

Wenn es brennt, muß die Feuerwehr kommen, und den Brand löschen. Wenn Spekulanten sich an den Grenzen des eigenen Staates festsetzen und eine Bedrohung darstellen, darf als *ultima ratio* ein Präventivschlag erfolgen. Präsident Putin hat diese Feuerwehr in die Ukraine geschickt, und deshalb ist ihm und seinen tapferen Soldaten der Sieg zu gönnen!

Was ich mir *n i c h t* wünsche, ist die Einmischung der Bundesrepublik Deutschland in einen Krieg, der Deutschland nichts angeht!

Und auch die „Europäische Union“ (EU) und die NATO haben sich nicht einzumischen, wenn zwei Staaten, die weder dem einen noch dem anderen Bündnis angehören, einen Krieg miteinander führen, der die notwendige Voraussetzung für den kommenden Frieden ist.

Ich will keine Sanktionen gegen Rußland, sondern billiges Erdöl, billiges Gas und andere wichtige Waren aus Rußland.

Ich will nicht bezahlen für die Verfehlungen des „*failed state*“ Ukraine.

Was hat die Ukraine uns zu bieten? Sonnenblumenöl?

Teile der deutschen Wehrmacht haben von 1941 bis 1945 die drei baltischen Staaten, außerdem Weißrußland, Rußland und die Ukraine besetzt, und dort die Zivilverwaltungen „Reichskommissariat Ostland“ im Norden und „Reichskommissariat Ukraine“ im Süden ermöglicht. Was werden die Nachkommen der Menschen, die damals in Rußland unter deutscher Verwaltung standen, über Deutschland denken, wenn Deutschland heute einen Kriegsgegner Rußlands unterstützt?

Ich warne die deutsche Regierung und vor allem die Völkerballspieler*Innen im Auswärtigen Amt: Gerade weil Deutschland von 1941 bis 1945 Krieg gegen die Ukraine und (!) Rußland geführt hat, muß Deutschland sich heute im russisch-ukrainischen Krieg neutral verhalten, absolut neutral verhalten!

Von einer deutschen Regierung – von jeder deutschen Regierung – erwarte ich, daß sie zuerst die deutschen Interessen vertritt, und Deutschland kann kein Interesse daran haben, sich in einem Konflikt zwischen zwei Fremdstaaten auf die falsche Seite zu schlagen. So dumm und so verkommen, das anders zu sehen, dürften eigentlich nicht einmal die Roten und die Grünen sein, aber ich wette, sie sehen es anders, und stürzen Deutschland in Not und Verderben!

Gez. René Schneider, 24. Februar 2022 ©

*
* * *

Internationales Recht und Diplomatie
No. 28104 vom 24. Februar 2022 – "Per aspera ad astra: Krieg schafft Frieden!"
URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28104.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16****48143 MÜNSTER**

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO

USt-IdNr.: DE198574773

25. Februar 2022 – No. 28105

Die Ukraine, Staats-Imitation oder Staats-Simulation? Kontinuität und Diskontinuität

Ob es sich bei den 1917 aus der Revolution gegen das Russische Kaiserreich hervorgegangenen Staatsgebilden auf dem Boden der Ukraine um „Staats-Imitationen“ oder um „Staats-Simulationen“ handelt, will ich an dieser Stelle nicht untersuchen, sondern nur die Frage zur Diskussion stellen. Außerdem will ich einige Aspekte der Kontinuität und Diskontinuität beleuchten.

DAS INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT entstand 1999 als Reaktion auf den deutsch-jugoslawischen Krieg („Kosovo-Krieg“ oder „ <i>NATO-Aggression Against Yugoslavia</i> “).	Siehe unten: Zitate zur Ukraine, 2014
Wladimir Wladimirowitsch Putin ist seit dem 7. April 2000 kontinuierlich als Präsident oder Ministerpräsident der Russischen Föderation im Amt.	
Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj ist seit dem 20. Mai 2019 Präsident der Ukraine.	2014 war Herr Selenskyi ein beliebter Fernsehkomiker in seiner Heimat.
Frank-Walter Steinmeier ist ein deutscher Berufspolitiker (SPD) und seit 2017 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland.	2014 , als das Scheitern der ukrainischen Staats-Imitation oder Simulation offensichtlich wurde, war Herr Steinmeier Außenminister im Kabinett Merkel und maßgeblich an dem gescheiterten Abkommen von Minsk beteiligt.

Olaf Scholz ist ein deutscher Berufspolitiker (SPD) und seit dem 8. Dezember 2021 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.	2014 , als das Scheitern der ukrainischen Staats-Imitation oder -Simulation offensichtlich wurde, war Herr Scholz „Erster Bürgermeister“ des Kleinstaates „Freie und Hansestadt Hamburg“.
Greta Baerbock ist eine deutsche Berufs- politikerin (Bündnis 90/Die Grünen) und seit dem 8. Dezember 2021 „Bundesministerin des Auswärtigen“ im Kabinett Scholz.	2014 , als das Scheitern der ukrainischen Staats-Imitation oder -Simulation offensichtlich wurde, war Frau Baerbock Mitglied des Deutschen Bundestages und 33 Jahre alt.
Robert Habeck ist ein deutscher Berufspolitiker (Bündnis 90/Die Grünen) und seit dem 8. Dezember 2021 Bundesminister für irgendetwas im Kabinett Scholz.	2014 , als das Scheitern der ukrainischen Staats-Imitation oder -Simulation offensichtlich wurde, war Herr Habeck Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein.
Christine Lambrecht ist eine deutsche Berufspolitikerin (SPD) und seit dem 8. Dezember 2021 Bundesministerin der Verteidigung im Kabinett Scholz.	2014 , als das Scheitern der ukrainischen Staats-Imitation oder -Simulation offensichtlich wurde, war Frau Lambrecht parlamentarische Geschäftsführerin der SPD.

A N H A N G

Das Institut für Völkerrecht

- **verurteilt die gewaltsame Vertreibung des demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine, Viktor Fedorovych Yanukovych, und wünscht ihm für die unverzügliche Rückkehr in sein Amt viel Glück und Erfolg,**
- **begrüßt die Unterstützung des ukrainischen Präsidenten Yanukovych durch die Russische Föderation,**
- **hofft, daß durch ein beherztes Eingreifen der Russischen Föderation der ukrainische Präsident Yanukovych wieder in seine Rechte eingesetzt, die Ruhe und Ordnung im Land wiederhergestellt, und die vom Ausland bezahlten Umstürzler ihrer gerechten Bestrafung zugeführt werden.**

Gez. Schneider 2. März 2014,

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/26082.pdf>

Das Institut für Völkerrecht

- **erinnert an das Budapester „Memorandum on Security Assurances in connection with Ukraine's accession to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons“ vom 5. Dezember 1994 mit den Versicherungen der USA, Rußlands und des Vereinigten Königreiches, „to respect the independence and Sovereignty and the existing borders of Ukraine“ [...] „and that none of their weapons will ever be used against Ukraine except in self-defense or otherwise in accordance with the Charter of the United Nations“,**
- **und stellt fest, daß die gewaltsame Vertreibung des demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine, Viktor Fedorovych Yanukovych, durch die vom Ausland bezahlten Umstürzler und die damit verbundenen weiteren Ereignisse eine Selbstverteidigung Rußlands bzw. seiner Schwarzmeerflotte auf dem Territorium der Ukraine rechtfertigen.**

Gez. Schneider 3. März 2014,

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/26083.pdf>

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER**

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

27. Februar 2022 – No. 28106

Offener Brief

An den Bundeskanzler Olaf Scholz

Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Scholz,

„Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz“, so lautet ein altes Sprichwort.

Seit dem feigen und völkerrechtswidrigen Überfall der NATO-Staaten auf die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien vom 24. März 1999 haben die völkerrechtsverbrecherischen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland sich wiederholt an den fortgesetzten Völkerrechtsverbrechen der USA und ihrer internationalen Komplizen beteiligt,

- internationaler Überfall auf Afghanistan im Jahr 2001,
- internationaler Überfall auf den Irak im Jahr 2003,
- pp.

und so das weiße Ehrenkleid der vor 1999 friedliebend gewesenen Bundesrepublik Deutschland mit dem Blut unzähliger unschuldiger Menschen besudelt.

Die deutschen Kriegs- und Regierungsverbrecher, die am 21. September 2000 von dem Distriktgericht Belgrad (Aktenzeichen: KT-420/99) zu 20 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurden (vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 14/9384 vom 17. Juni 2002), sind leider nie in Haft genommen worden, und noch bedauerlicher ist nur das Versagen der deutschen Strafjustiz, allen voran der Generalbundesanwalt.

Ich darf mir diese harte Kritik erlauben, denn sie beruht auf geltendem Recht:

„Ein völkerrechtliches Delikt kann durch ein Tun oder – wenn eine völkerrechtliche Pflicht zu einem Tun besteht – durch Unterlassen begangen werden. [...] Eine Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt ist selbst ein völkerrechtliches Delikt.“ (Urteil des 2. Wehrdienstsenats des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juni 2005 – BVerwG 2 WD 12.04 – Seite 81, mit weiteren Nachweisen).

Warum schreibe ich Ihnen das?

Es gibt Menschen, die glauben, daß die Geschichte sich wiederholt. Dieser Irrglaube beruht auf dem gegenteiligen und oft mißverstandenen Satz von Mark Twain:

"History never repeats itself, but the Kaleidoscopic combinations of the pictured present often seem to be constructed out of the broken fragments of antique legends." ("The Gilded Age: A Tale of To-Day", 1874)

Aber manchmal gibt es auffallende Ähnlichkeiten zwischen historischen Tatsachen und den aktuellen Ereignissen. So verhält es sich mit dem Fehlstart der Regierung Schröder/Fischer 1998/99 und ihrer Flucht in den „Kosovo-Krieg“ damals, und mit Ihrer **gemeingefährlichen Impfpflicht- und „keine-rote-Linie“-Politik**, die auch Sie zur Flucht in ein Völkerrechtsverbrechen als Ablenkungs-Manöver geführt hat.

Bitte freuen Sie sich nicht zu früh: Mit dem Begriff „Völkerrechtsverbrechen“ meine ich nicht den Krieg von Rußland gegen die Ukraine, sondern ich geißele die verbrecherische Parteinahme Ihrer Regierung, die aus guten Gründen zur absoluten Neutralität gegenüber den Kriegsländern verpflichtet gewesen wäre!

Bekanntlich führte Deutschland von 1941 bis 1945 Krieg gegen die Sowjetunion, der neben dem heutigen Rußland auch die "Ukrainische Sozialistische Sowjet Republik" (und andere Unionsstaaten) angehörten. Wenn heute Rußland und die Ukraine miteinander Krieg führen, macht es auf den historisch gebildeten Betrachter einen sehr schlechten Eindruck, wenn Deutschland eine dieser Kriegsparteien unterstützt. So etwas gehört sich nicht, es ist einfach unanständig.

Hinzu kommt, daß Rußland ein wichtiger und zuverlässiger Handelspartner ist, und Deutschland ist auf die Lieferungen russischer Rohstoffe und Waren dringend angewiesen. Diese wichtigen und wertvollen Handelsbeziehungen darf man nicht aus purer Gefühlsduselei gefährden, das wäre unprofessionell.

Und ganz besonders niederträchtig finde ich es, wenn Ihre Regierung illegale Sanktionen gegen Rußland und russische Regierungsmitglieder verhängt, obwohl alle wissen, daß diese Sanktionen zu Verknappungen auf dem Energiemarkt und zu Preis-Explosionen in Deutschland führen werden, die „vom kleinen Mann“ bezahlt werden müssen, während sich für die „Bonzen“ im Bundestag nichts ändert.

Was geht es Deutschland an, wenn zwei Länder, die nicht Mitglied der NATO und nicht Mitglied der „Europäischen Union“ (EU) sind, miteinander Krieg führen? Nichts!



Falls die sprachbegabte Völkerball-Expertin in Ihrer Regierung zufällig nicht weiß, was Ignaz Seidl-Hohenveldern in seinem „Völkerrecht“ (7. Auflage, 1992) zum Neutralitätsrecht geschrieben hat, können Sie es hier lernen:

„Innerstaatlich haben viele Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, ihren Staatsangehörigen die **Ausfuhr von Kriegsmaterial** nicht nur an Kriegsführende sondern auch in Spannungsgebiete untersagt.“ (Rdnr. 1894)

„Ein neutraler Staat darf weder selbst noch durch staatseigene Betriebe einem kriegführenden Staat Kredite einräumen oder an ihn **»Kriegsmaterial«** abgeben.“ (Rdnr. 1895)

Wenn ich im Gegensatz dazu lese:

„Deutschland schickt 1000 Panzerabwehrwaffen und 500 Boden-Luft-Raketen aus Bundeswehr-Beständen an die Ukraine. [...] **Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erklärte, es sei Deutschlands "Pflicht, die Ukraine nach Kräften zu unterstützen** bei der Verteidigung gegen die Invasionsarmee von Wladimir Putin".“ (Der Tagesspiegel, 26. Februar 2022, 19:15, URL),

dann nenne ich diese Entscheidung ein Völkerrechtsverbrechen und einen Akt der Aggression gegen Rußland.

Die Schuld an dem heraufziehenden Dritten Weltkrieg tragen ganz alleine Sie!

Können Sie mir bitte erklären, auf welcher Norm des Völkerrechts oder auf welchem deutschen Gesetz die von Ihnen behauptete „Pflicht“ beruht?

Wundern Sie sich nicht, wenn Rußland auf Ihre Aggression mit einer Kriegserklärung oder wenigstens mit einem Moratorium der Handelsverpflichtungen reagiert.

Nota bene, der Fall ist unwahrscheinlich, aber wenn er eintritt, werde ich mich kaputt-lachen: Stellen Sie sich vor, die russische Armee steht an der deutschen Grenze oder auf der Wilhelmstraße in Berlin, und dann fehlen den Verteidigern Ihres Bunkers genau tausend Panzerfäuste und fünfhundert Raketen. — Eine göttliche Komödie, schöner hätte auch der leider ausgefallene Karneval am Rhein nicht sein können!

Ihre primitive Politik ist genauso leicht zu durchschauen wie die Politik Ihres Parteifreundes Gerhard Schröder es 1999 schon war: Innenpolitische Versager brauchen außenpolitische Ablenkungs-Manöver!

Herr Bundeskanzler, beenden Sie sofort die Unterstützung der Ukraine!

Herr Scholz, treten Sie sofort zurück und ermöglichen Sie Neuwahlen!

Hochachtungsvoll

René Schneider

P. S.: Wegen der Kriegsflüchtlinge, welche gegenwärtig die Ukraine in Richtung Deutschland verlassen, darf ich vorsorglich auf Artikel 31 Abs. 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlings-Konvention von 1951, geändert durch das Protokoll vom 31. Januar 1967) hinweisen, wonach diesen Personen Asyl in Deutschland nur dann zusteht, wenn sie „unmittelbar“ (das heißt „*directly*“ oder „*directement*“) und nicht aus einem sicheren Drittstaat (z. B. Polen oder Rumänien) hier einreisen.

Art. 31 Flüchtlinge, die sich unrechtmässig im Aufnahmeland aufhalten

1. Die vertragsschliessenden Staaten ergreifen wegen illegaler Einreise oder unrechtmässigen Aufenthalts keine Strafmassnahmen gegen Flüchtlinge, die unmittelbar aus einem Gebiet kommen, wo ihr Leben oder ihre Freiheit im Sinne von Artikel 1 bedroht war und sofern sie sich unverzüglich den Behörden stellen und triftige Gründe für ihre illegale Einreise oder Anwesenheit darlegen.

2.[...]

Article 31

REFUGEES UNLAWFULLY IN THE COUNTRY OF REFUGE

1. The Contracting States shall not impose penalties, on account of their illegal entry or presence, on refugees who, coming directly from a territory where their life or freedom was threatened in the sense of article 1, enter or are present in their territory without authorization, provided they present themselves without delay to the authorities and show good cause for their illegal entry or presence.

2. [...]

Article 31

Réfugiés en situation irrégulière dans le pays d'accueil

1. Les Etats contractants n'appliqueront pas de sanctions pénales, du fait de leur entrée ou de leur séjour irréguliers, aux réfugiés qui, arrivant **directement** du territoire où leur vie ou leur liberté était menacée au sens prévu par l'article premier, entrent ou se trouvent sur leur territoire sans autorisation, sous la réserve qu'ils se présentent sans délai aux autorités et leur exposent des raisons reconnues valables de leur entrée ou présence irrégulières.

2. [...]

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

28. Februar 2022 – No. 28107

Will Scholz den Dritten Weltkrieg?



„Bombenstimmung“ im Bundestag: Sonntag war „Sondersitzung“ wie am 01.09.1939 im Reichstag,

SCHOLZ und BAERBOCK peitschen die Politiker ein:

Er ist der gefährlichste Politiker der Welt – Er kennt „keine roten Linien“ und liefert Waffen an die Feinde Rußlands – Putins Antwort: Atomkrieg?

„Wir erleben eine Zeitenwende“, sagte SCHOLZ.

„Das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“, sagte SCHOLZ.

Erinnert sich noch jemand an den „KOSOVO-KRIEG“ gegen Jugoslawien? Damals, am 24.03.1999, beteiligte das Gespann Schröder/Fischer sich an „Luftoperationen“ gegen Jugoslawien. Kriegs-Anlaß-Lüge war der „Hufeisenplan“ (eine Fälschung des bulgarischen Geheimdienstes) und angebliche „Menschenrechtsverletzungen“. — 1999 führte die Bundesrepublik Deutschland ihren ersten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, und Rußlands Staats-Trunkenbold Boris Jelzin ließ es geschehen. —

Diesmal ist alles anders!

Internationales Recht und Diplomatie



Zitat: „Innerstaatlich haben viele Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, ihren Staatsangehörigen die **Ausfuhr von Kriegsmaterial** nicht nur an Kriegsführende sondern auch in Spannungsgebiete untersagt.“ („Völkerrecht“, 7. Auflage, 1992, Rdnr. 1894)
 „Ein neutraler Staat darf weder selbst noch durch staatseigene Betriebe einem kriegführenden Staat Kredite einräumen oder an ihn »**Kriegsmaterial**« abgeben.“ (aaO, Rdnr. 1895)

Leider hat Olafs „Chefdiplomatin“, die grüne V ö l k e r b a l l - E x p e r t * I n mit dem Charme einer Kindergärtnerin der Generation „uns-geht-es-zu-gut“ ihrem Boss noch nicht erklärt, daß die Lieferung von WAFFEN in Kriegsgebiete einen AKT DER AGGRESSION gegen alle anderen Beteiligten darstellt.

Rußland darf auf diese deutsche Aggression angemessen reagieren, z. B. durch Handels- und Wirtschaftsanktionen — notfalls auch mit einer förmlichen "Kriegserklärung", so wie 1914 als das kleine „Shithole“ Serbien die Großmächte in einen Weltkrieg riß. Heute heißt das „Shithole“ UKRAINE, und es ist eine Schande, wie dumm-dreist und brutal das gleichgeschaltete Gesindel in Deutschland seine plötzliche Affenliebe zur UKRAINE entdeckt hat.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erklärte, es sei Deutschlands "Pflicht, die Ukraine nach Kräften zu unterstützen bei der Verteidigung gegen die Invasionsarmee von Wladimir Putin".“ (Der Tagesspiegel, 26. Februar 2022, 19:15, URL) — Wo bitte ist diese Pflicht normiert?

Ich kenne nur die Pflicht zur Neutralität gegen Rußland und seine Kriegsgegner! — Ich bestrahle weder mein Haus, noch Regierungsgebäude, Parlamente oder deutsche Nationalsymbole wie das Brandenburger Tor mit blau-gelbem Licht, das sind die Farben des Feindes Rußlands, und außerdem ist es „Lichtverschmutzung“!

Will SCHOLZ den DRITTEN WELTKRIEG, um von seiner dreckigen „IMPF-POLITIK“ abzulenken? — Wenn der russisch-ukrainische Krieg zum Weltkrieg mutiert, heißt der größte Weltkriegsverbrecher aller Zeiten Olaf Scholz!

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Wie gefährlich ist Olaf Scholz ?

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

28. Februar 2022 – No. 28108



„Bombenstimmung“ im Bundestag: Sonntag war „Sondersitzung“ wie am 01.09.1939 im Reichstag,

SCHOLZ und BAERBOCK peitschen die Politiker ein:

Er ist der gefährlichste Politiker der Welt – Er kennt „keine roten Linien“ und liefert Waffen an die Feinde Rußlands – Putins Antwort: **Atomkrieg?**

„Wir erleben eine Zeitenwende“, sagte SCHOLZ.

„Das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“, sagte SCHOLZ.

Für das Bildungsbürgertum „zur Erinnerung“ und für die Rot-Grün-Wähler zum „lesen und staunen“: Durch den „Friedensvertrag“ von Versailles, die Wurzel des Zweiten Weltkrieges, wurde aus der deutschen Stadt Danzig und ihrem Umland der Kleinstaat "Freie Stadt Danzig" geschaffen, der allerdings unter der Aufsicht des Völkerbundes stand, und nicht alle Hoheitsrechte eines souveränen Staates in Eigenverantwortung ausüben konnte. Am 01.09.1939 wurde Albert Forster durch ein Danziger „Senatsgesetz“ als Staatsoberhaupt bestimmt, und die Danziger Verfassung aufgehoben.

Durch „Staatsgrundgesetz“ vom selben Tage erklärte Albert Forster das Gebiet der Freien Stadt Danzig zum Bestandteil des Deutschen Reiches. Der Anschluß wurde auch sofort am 01.09.1939 in einer Sondersitzung des Reichstages in Berlin vollzogen. Die Eingliederung der vormals Freien Stadt in das deutsche Staatsgebiet, verkündet von Albert Forster, erfolgte fraglos unter Verstoß gegen Artikel 49 der Danziger Verfassung vom 17.11.1920 und war damit völkerrechtswidrig.

Internationales Recht und Diplomatie

Nicht weniger verfassungs- und völkerrechtswidrig als der Anschluß Danzigs an das Deutsche Reich vom 01.09.1939 ist die von OLF SCHOLZ am 27.02.2022 im Bundestag verkündete „Zeitenwende“ und seine Waffenbrüderschaft mit einem ukrainischen Fernsehkomiker anstelle der strikten Neutralität in einem Krieg, der die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich und von Rechts wegen nichts angeht.

Was der Deutsche Bundestag auf seiner „Sondersitzung“ vom 22.02.2022 veranstaltete, war ein AKT DER AGGRESSION gegen Rußland, der sofort rückgängig gemacht werden muß, bevor aus dem russisch-ukrainischen Lokalkrieg ein WELTKRIEG wird. Es mag sein, daß der russische Angriff auf die Ukraine völkerrechtswidrig erfolgte, - so what?

Die USA haben oft genug vorgemacht wie es geht, und Deutschland hat sich 1999 am völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien beteiligt. Durch die deutsche WAFFEN-LIEFERUNGEN hat OLAF SCHOLZ Deutschland mit einem Feind Rußlands verbunden, auch Deutschland zum Feind Rußlands gemacht, aus einem lokalen Konflikt am „Arsch der Welt“ eine Kriegsgefahr für Deutschland, Europa und die übrige Welt entfesselt.

OLAF SCHOLZ kennt „keine roten Linien“, er ist eine Gefahr für Deutschland, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, dieser Mann ist gemeingefährlich!

* * *

**Internationales Recht und Diplomatie
No. 28108 vom 28. Februar 2022 – Wie gefährlich ist Olaf Scholz?**
URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28108.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

2. März 2022 – No. 28109



La Petite Russie.

Der Mensch soll nicht trennen, was von Natur aus zusammengehört. Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ greift deshalb nicht zu Gunsten der Ukraine, sondern zu Gunsten der großrussischen Nation, zu der seit dem Rurikiden-Reich neben dem Kernland Rußland alle „Reußen“, also auch die Weißrussen und die Kleinrussen in der „Ukraine“ gehören.

Die während des Ersten Weltkrieges und danach entstandenen Organisationsformen auf dem Gebiet des ehemaligen Kaiserreiches „aller Reußen“ sind völlig unnatürlich und deshalb bedeutungslos.

Man stelle sich einmal vor, BAYERN wollte sich aus DEUTSCHLAND lösen, FRANKEN aus BAYERN, OBER-FRANKEN und UNTER-FRANKEN aus FRANKEN, usw.

Gerade die Drex-Europäer, die sich gegenseitig ein immer engeres Zusammenwachsen in der „Europäischen Union“ (EU) zumuten, können doch nicht ernsthaft das krasse Gegenteil von Rußland, Weißrußland und Kleinrußland verlangen!

* * *

Internationales Recht und Diplomatie
No. 28109 vom 2. März 2022 – "La petite Russie."
URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28109.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

4. März 2022 – No. 28110

Offener Brief

**An den Bundeskanzler
Herrn Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin**

Sehr geehrter Herr Scholz,

ich verstehe natürlich, daß Sie von Ihrer gemeingefährlichen Impf-Politik ablenken wollen, aber dafür hätten Sie sich ein anderes Thema suchen müssen als diesen russisch-kleinrussischen Krieg, der uns in Deutschland wirklich nichts angeht.

Ich ersuche Sie deshalb hiermit noch einmal,

- 1.) die Unterstützung Kleinrußlands mit Worten und Waffenlieferungen sofort zu beenden,
- 2.) Kriegsflüchtlingen aus Kleinrußland, wenn diese nicht „unmittelbar“, sondern über einen sicheren Drittstaat aus Kleinrußland in Deutschland ankommen, keinen Aufenthalt zu gewähren,
- 3.) vom Amt des Bundeskanzlers zurückzutreten.

Der russisch-kleinrussische Krieg ist ein rein „panslawistisches Problem“, das die slawischen Brudervölker untereinander regeln müssen. Dabei ist jede Einmischung von außen völlig verfehlt. Mit welchem Recht durften Sie erklären, es sei Deutschlands "Pflicht, die Ukraine nach Kräften zu unterstützen bei der Verteidigung gegen die Invasionsarmee von Wladimir Putin"? (Der Tagesspiegel, vom 26. Februar 2022, 19:15 Uhr)

Ich erwarte eine Antwort auf diesen Frage!

Mit welchem Recht können Sie Waffen in ein Kriegsgebiet liefern?

„Innerstaatlich haben viele Staaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, ihren Staatsangehörigen die **Ausfuhr von Kriegsmaterial** nicht nur an Kriegsführende sondern auch in Spannungsgebiete untersagt.“ (Seidl-Hohenveldern, „Völkerrecht“, 7. Auflage, 1992, Rdnr. 1894)
 „Ein neutraler Staat darf weder selbst noch durch staatseigene Betriebe einem kriegführenden Staat Kredite einräumen oder an ihn »**Kriegsmaterial**« abgeben.“ (aaO, Rdnr. 1895)

Ich erwarte eine überzeugende Antwort auf meine Fragen!

Historisch betrachtet gehören Rußland, Weißrußland und Kleinrußland zusammen, sie haben eine gemeinsame Geschichte, die im Jahr 862 mit der russisch-weißrussisch-kleinrussischen Staatsgründung, der „Kiewer Rus“, angefangen hat. Daraus entstanden das Zarenreich und unter Peter dem Großen (1672-1725) das moderne Kaiserreich Rußland (1721), welches erst nach der Revolution von 1917, einem verbrecherischen Bürgerkrieg und der Ermordung des Kaisers und seiner nächsten Verwandten in Teilstaaten zerfiel. Ob die „souveräne“ Ukraine, die 1922 zum Gründungsmitglied der Sowjetunion oder UdSSR wurde, vor der Auflösung der UdSSR Ende 1991 eine Souveränität besaß, die nicht nur auf dem Papier existierte, sei dahingestellt, denn durch die Auflösung entstanden ganz fraglos souveräne Staaten aus den ehemaligen Unionsrepubliken, so auch die Ukraine.

Allerdings beweisen die Abspaltungen der Krim und der zwei Volksrepubliken im Donbas, daß die Entwicklung in Kleinrußland keineswegs abgeschlossen und gefestigt war.

Mit welchem Recht darf Ihr sauberer Freund, der Fernsehkomiker und Präsident Selensky, Deutsche zum Kriegsdienst in Kleinrußland anwerben?

Ich zitiere aus der Zeitung „Der Tagesspiegel“ vom 2. März 2022, 16:05 Uhr:

„Die Bundesregierung wird eigene Staatsbürger nicht grundsätzlich daran hindern, zu den Kämpfen in die Ukraine zu reisen – und sie würden dafür auch nicht per se von der Justiz verfolgt. Dies gilt für potenzielle Einsätze sowohl für die ukrainische als auch die russische Seite und geht aus Antworten des Innen- und des Justizministeriums auf Tagesspiegel-Anfrage hervor.“
 Am Freitag hatte der ukrainische Präsident Selenskyj in Kiew gesagt: „Wenn Sie Kampferfahrung in Europa haben, können Sie zu uns kommen und mit uns Europa verteidigen.“ Man solle sich dazu bei den ukrainischen Botschaften melden, dort würden Erfahrung und Eignung geklärt.

Auf § 109h des Strafgesetzbuches (StGB) wird hingewiesen! Vielleicht können Sie diesen Hinweis an Ihre Minister für Inneres und Justiz, an den Fernsehkomiker in Kiew und an seine Werber in der Berliner Botschaft seines Landes weitergeben.

§ 109h Anwerben für fremden Wehrdienst

(1) Wer zugunsten einer ausländischen Macht einen Deutschen zum Wehrdienst in einer militärischen oder militärähnlichen Einrichtung anwirbt oder ihren Werbern oder dem Wehrdienst einer solchen Einrichtung zuführt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

Wegen der Kriegsflüchtlinge, welche gegenwärtig Kleinrußland in Richtung Deutschland verlassen, darf ich noch einmal auf Artikel 31 Abs. 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlings-Konvention von 1951, geändert durch das Protokoll vom 31. Januar 1967) hinweisen, wonach diesen Personen Asyl in Deutschland nur dann zusteht, wenn sie „unmittelbar“ und nicht aus einem sicheren Drittstaat (z. B. Polen oder Rumänien) hier einreisen.

Art. 31 Flüchtlinge, die sich unrechtmässig im Aufnahmeland aufhalten

1. Die vertragsschliessenden Staaten ergreifen wegen illegaler Einreise oder unrechtmässigen Aufenthalts keine Strafmassnahmen gegen Flüchtlinge, die unmittelbar aus einem Gebiet kommen, wo ihr Leben oder ihre Freiheit im Sinne von Artikel 1 bedroht war und sofern sie sich unverzüglich den Behörden stellen und triftige Gründe für ihre illegale Einreise oder Anwesenheit darlegen.

2.[...]

Wer Unberechtigten den Aufenthalt in Deutschland ermöglicht, macht sich strafbar, und wer dabei in amtlicher Eigenschaft bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache handelt, kann sich auch wegen Rechtsbeugung strafbar machen.

Im Laufe der vergangenen Woche sollen schon eine Million Kriegsflüchtlinge Kleinrußland verlassen haben. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß 5 Millionen Flüchtlinge sich auf Dauer in Deutschland niederlassen wollen.

Wer diese Millionen Menschen in Deutschland aufnehmen und unterbringen will, muß Häuser und Wohnungen für sie bauen, Wälder, Wiesen und Felder vernichten, asphaltieren und zubetonieren, immer mehr Flächen versiegeln, auf denen kein Tropfen Regenwasser jemals wieder versickert, sondern an der Oberfläche abläuft, zu Sturzbächen und Sturzfluten wird, so wie im Sommer 2021 an der Ahr und in den anderen Fluß- und Bachtälern der deutschen Mittelgebirge. In Nordrhein-Westfalen verschwinden täglich rund zehn Hektar Natur durch Bebauung. Der Trend zum Flächenverbrauch war 2013 zwar einmal leicht rückläufig, trotzdem ist der Verlust von Freiflächen zu Gunsten von Siedlungs- und Verkehrsflächen aber schon seit 2015 wieder viel zu hoch, die Festplatte der Natur wird unwiederbringlich gelöscht.

Mit der millionenfachen Aufnahme der illegalen Einwanderer sind die nächsten Umweltkatastrophen vorprogrammiert, und nach der Flüchtlings-Flut kommt garantiert und unausweichlich die nächste große Hochwasser-Flut.

Im Koalitionsvertrag vom 27. November 2013 zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode hieß es noch: Umwelt – „Gebrauchen aber nicht verbrauchen“, und die „Flächenneuinanspruchnahme“ sollte „bis 2020 auf höchstens 30 ha pro Tag“ begrenzt werden. (Seite 119)

Wenn Sie jetzt eine Millionenstadt nach der anderen für Millionen kleinrussischer Kriegsflüchtlinge bauen wollen, machen Sie aus Deutschland ein unfreiwilliges „Venedig des Nordens“ oder eine Unterwasserwelt, die nicht weniger gefährlich ist als der Vaterländische Vereinigungskrieg der Russen und Kleinrussen in Kiew.


Hochachtungsvoll

P. S.: Herr Bundeskanzler Scholz,

Ihre böse Absicht, mit Waffenlieferungen in den Kampfraum Kiew und mit einer Flüchtlings-Flut nach Deutschland von der gemein-gefährlichen Impf-Pflicht abzulenken, kann keinen Erfolg haben:


„Plan erkannt, Gefahr gebannt!“




**EudraVigilance - European database
of suspected adverse drug reaction reports**

The European Medicines Agency publishes these data so that its stakeholders, including the general public, can access information that European regulatory authorities use to review the safety of a medicine or active substance. **Transparency** is a key guiding principle of the Agency.

COVID-19 Vaccine Adverse Drug Reactions
39,997 DEAD
3,666,011 Injuries Through Feb 12, 2022
COVID-19 MRNA VACCINE MODERNA (CX-024414)
COVID-19 MRNA VACCINE PFIZER-BIONTECH
COVID-19 VACCINE ASTRAZENECA (CHADOX1 NCOV-19)
COVID-19 VACCINE JANSSEN (AD26.COV2.S)

**EUROPEAN MEDICINES AGENCY**
SCIENCE MEDICINES HEALTH

EudraVigilance 

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO

USt-IdNr.: DE198574773

6. März 2022 – No. 28111

Der böse Mann in Berlin hat einen schlechten Tausch gemacht ...



Um von seiner gemein-
gefährlichen Impf-Politik gegen
das eigene Volk abzulenken, hat
der böse Mann in Berlin
Deutschlands Neutralität
geschlachtet und Kriegswaffen
geliefert an ein fremdes Volk,
das Deutschland zum „Dank“
dafür mit x Millionen
Flüchtlingen überfluten wird!

Um von seiner gemeingefährlichen Impf-Politik gegen das eigene Volk abzulenken, hat der böse Mann in Berlin die fragwürdige Freundschaft von 44 Millionen Ukrainern getauscht gegen die *F e i n d s c h a f t* (sic!) von 146 Millionen Menschen in Rußland. Wie dumm – oder wie bösartig – darf ein Bundeskanzler sein? Frage: Wer hat aus der Geschichte von 1914 nichts gelernt? Antwort: Der bildungsferne, böse Mann in Berlin, der bei der Impf-Pflicht „keine roten Linien“ kennt!

1914 riß ein kleines „shithole“ auf dem Balkan die ganze Welt in den Ersten Weltkrieg, und heute macht ein osteuropäischer Fernseh-Clown sein panslawistisches Problem zum Problem für die ganze Menschheit. Dieser Mann braucht ganz bestimmt Hilfe, aber keine militärische, sondern psychiatrische! — Merksatz: „Den Ersten Weltkrieg hat keiner gewollt, aber keiner hat ihn verhindert“ (René Schneider).

Wer mehr lernen will, sollte zwei Filme sehen: „1914, die letzten Tage vor dem Weltbrand“ (von 1930) und „Europas letzter Sommer“ (von 2012).

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER**

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

8. März 2022 – No. 28117

Die Gedanken sind frei ...

*... aber wer die Sprache beherrscht,
beherrscht auch die Gedanken!*

Das wissen die Anwender der „Gender-Scheiße“ genauso wie ihre Handlanger in Politik und Medien.

Beispiel: Erst der Bundesminister und Plagiator von und zu Guttenberg (CSU) nannte den Afghanistan-Krieg einen „Krieg“!

Das rot-grüne Gesocks nannte seinen deutsch-jugoslawischen Krieg von 1999 nie beim Namen.



**Diese Verlogenheit hat
Tradition:**

**Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode**

Drucksache 13/11469

12. 10. 98

Schon die Kohl-Clique sprach lieber von „Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt“ als vom geplanten deutsch-jugoslawischen „Krieg“!

**Antrag
der Bundesregierung**

Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt

Die Humanitäts-Duselei scheint ein deutsches Übel zu sein!

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kosovo, Kroatien, Bosnien, Iran, Irak, Syrien, Afrika und neuerdings aus der Ukraine – die natürlich alle über sichere Drittstaaten nach Deutschland kamen – stößt bei mir auf kein Verständnis.

Noch weniger Verständnis habe ich für den Bruch mit einem zuverlässigen Lieferanten für preiswertes Erdgas, Erdöl, Kohle und viele andere wichtige Waren.

Ich will einen bezahlbaren Benzinpreis, und keinen Wucherpreis von 2,089 Euro pro Liter!

Ich will keine rot-grüne Regierung, die nach Rußland tönt, „wir“ würden gerne die Kosten für die Unterstützung unserer neuen „Freunde“ in Kiew in Kauf nehmen.

Ich will, daß die deutsche Regierung deutsche Interessen vertritt, sich aus internationalen „Konflikten“ und Kriegen heraushält, und im Zweifel auf der Seite des Siegers steht, der mir billiges Benzin garantiert.

Und wenn die Regierung sich schon in ausländische Angelegenheiten, die sie nicht angehen, einmischt, erwarte ich von ihr, daß sie die Mineralölsteuer so weit senkt, daß der Benzinpreis höchstens 1,50 Euro beträgt. Das ist kein Witz, denn so billig ist der Sprit heute in Wien, und in Luxemburg kostet er noch weniger: 1,10 Euro. — Warum 2,089 Euro in Münster?

Zur Erinnerung:

„Noch nie war das Benzin billiger als zurzeit“, stellte der „Hessenschau“-Reporter im September 1966 fest: 45,9 Pfennige kostete ein Liter freies Benzin, 51,1 Pfennige die Markenware. Das waren noch Zeiten.

„Der Benzinpreis bleibt in Bewegung“, heißt es, und „Fachleute erwarten sogar noch weitere Preissenkungen.“ Der Reporter sichtet immerhin sieben verschiedene Preise auf wenigen hundert Metern.

Der Beitrag war in der „Hessenschau“ vom 6. September 1966 zu sehen.

Quelle/URL:

<https://www.hr.de/unternehmen/backstage-und-meldungen/archiv-fundstuecke/schaetze-aus-dem-hr-archiv--1966-benzinpreise,archivschatz-tankstelle-100.html>

* * *

P. S.: Herr Bundeskanzler Scholz,

Ihre böse Absicht, mit Waffenlieferungen in den Kampfraum Kiew und mit einer Flüchtlings-Flut nach Deutschland von Ihrer gemeingefährlichen Impf-Politik abzulenken, kann keinen Erfolg haben:

„Plan erkannt, Gefahr gebannt!“



* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER**

Telefax (02 51) 3 99 71 62
Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

12. März 2022 – No. 28118

Der russisch-kleinrussische Konflikt vom 24.02.2022

Frage: Wer ist der wirkliche Aggressor?

**Antwort: Herr Putin oder Rußland sind es nicht,
es sind die NATO, die USA und „der Westen“!**

Von König Friedrich II. (d. Gr.) von Preußen stammt der Satz: „Der Angreifer ist aber nicht der, der den ersten Schuß tut, sondern der, der den Plan faßt, seinen Nachbarn anzugreifen, und dies offen durch seine drohende Haltung kundgibt.“¹

1765 – Nachdem König Friedrich II. (d. Gr.) am 16. Juli 1756 die Nachricht vom Marsche ungarischer Kavallerieregimenter nach Böhmen und Mähren erhielt, verfaßte er einen „Entwurf eines Manifestes gegen Österreich“, aus welchem der eingangs zitierte Satz stammt.² Da der König sich also als Opfer eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs durch Österreich und Ungarn sah, hielt er es im Interesse seines Landes und seiner Würde und zu seiner Sicherheit für geboten, dem Feinde zuvorzukommen. Dabei stand sicherlich ein bekanntes lateinisches Sprichwort Pate: „*Si vis pacem para bellum*“.

1914 – In der serbischen Stadt Sarajewo erschöß der Bosnier Gavrilo Princip am 28. Juni 1914 den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich-Este, und dessen Ehefrau Sophie, Herzogin und Fürstin von Hohenberg. Für ein Vorgehen gegen Serbien suchte Österreich die Rückendeckung des Deutschen Reichs, da mit einem Eingreifen Rußlands als Schutzmacht Serbiens gerechnet werden mußte. Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg³ sagten Österreich-Ungarn ihre bedingungslose Unterstützung zu. Mit diesem „Blankoscheck“ begann die „Juli-Krise“, und am 28. Juli 1914 erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Deshalb hielt ich lange Zeit den Kaiser und seinen Kanzler für die dümmsten Politiker der Weltgeschichte, bis am 24. März 1999 sich das rot-grüne Gespann Gerhard Schröder und Joseph alias Joschka Fischer am NATO-Überfall auf Jugoslawien beteiligte, und bis am 27. Februar 2022 Olaf Scholz sogar eine „Zeitenwende“ im Deutschen Bundestag verkündete. — *Nota bene: Scholzens Außenministerin und Expertin für Völkerball spielt sowieso in einer anderen Liga, diese „persona non grata“ namentlich zu erwähnen, ist unter meiner Würde!*

¹ „Die Werke Friedrichs des Großen in deutscher Übersetzung“, herausgegeben von Gustav Berthold Volz, 1913, Dritter Band, „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“, Erster Teil, Seite 166

² „Die Werke Friedrichs des Großen in deutscher Übersetzung“, herausgegeben von Gustav Berthold Volz, 1913, Dritter Band, „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“, Erster Teil, Seite 165 (dort Fußnote 1)

³ Noch während der Zabern-Affäre (1913) hatte Bethmann Hollweg sehr vernünftig gesagt: *„Mit dem Schwert rasseln, ohne, daß die Ehre, die Sicherheit und die Zukunft des Landes bedroht sind, ist nicht nur tollkühn, sondern verbrecherisch.“* (Hans G. Zmarzlik, „Bethmann Hollweg als Reichskanzler, 1909-1914“, 1957, S. 81) Hätte Bethmann Hollweg 1914 darauf hingewiesen, daß mit einer österreichisch-ungarischen Kriegserklärung an Serbien ganz fraglos kein „Angriff auf Österreich-Ungarn“ und also auch kein Verteidigungsfall vorliegt, wäre der Erste Weltkrieg ausgefallen: Deutschland wäre nämlich mit Recht neutral geblieben, und der Krieg wäre auf Österreich-Ungarn, Serbien und Rußland beschränkt geblieben (bzw. wahrscheinlich auf diplomatischem Wege beendet worden).

Internationales Recht und Diplomatie
No. 28118 vom 12. März 2022 – Frage: "Wer ist der wirkliche Aggressor?"
URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28118.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

19. März 2022 – No. 28125

Neue Welt-Friedensbewegung: „No Nato, please!“

Frage: Wie kann der Nato-Verteidigungsfall für Deutschland ausgeschlossen werden?

**Antwort: Wer nicht am nächsten Nato-Krieg teilnehmen will, muß
aus dieser sinnlosen Verbrecher-Organisation austreten!**

König Friedrich II. von Preußen schrieb 1756 den bemerkenswerten Satz: „Der Angreifer ist aber nicht der, der den ersten Schuß tut, sondern der, der den Plan faßt, seinen Nachbarn anzugreifen, und dies offen durch seine drohende Haltung kundgibt.“¹

Nachdem am 1. Juli 1991 der „Warschauer Pakt“ aufgelöst wurde, hatte die Nato ihren Feind und damit auch ihre Existenzberechtigung verloren. Vernünftigerweise hätte auch die Nato aufgelöst werden müssen, das wäre für die Mitglieder sogar finanziell ein Segen gewesen.

Die akute Weltkriegsgefahr geht nicht von regional begrenzten Konflikten aus, denn militärische Auseinandersetzungen zwischen den Völkern hat es immer gegeben – seit Jahrtausenden – und wird es auch in der Zukunft immer wieder geben, der Mensch ist von Natur aus nicht unbedingt friedlich. Es ist aber grob unvernünftig, wenn ganze Völker, denen das Schicksal eines *shithole state* von Rechtes wegen „meilenweit am *amus* vorbeigehen“ sollte, sich wegen eines Fetzens Papier – gemeint ist der Nato-Vertrag – in einen Krieg hineinziehen lassen, der sie objektiv nichts angeht.

René Schneider: „Vernünftigerweise fordere ich deshalb den Austritt Deutschlands aus der Nato, und noch besser die Auflösung der Nato – als aktiven Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit. Die Weltkriegsgefahr heißt nicht Rußland, sondern Nato.“

* * *

1) „Die Werke Friedrichs des Großen in deutscher Übersetzung“, herausgegeben von Gustav Berthold Volz, 1913, Dritter Band, „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“, Erster Teil, Seite 166

Nato-Ost-Erweiterung doch ein gebrochenes Versprechen

Wer sich ein wenig mit den Verhandlungen über die deutsche Einheit befasst hat, weiss, dass der künftige Umfang der Nato damals ein relevantes Thema war.

Die deutsche Wiedervereinigung war nämlich die erste Ost-Erweiterung der Nato. Und schon gegen diese Form der Expansion hatte die russische Seite massive Bedenken. *Michail Gorbatschow* etwa verlangte eigentlich ein blockfreies Deutschland. Am Ende einigte man sich in den «Zwei-plus-vier»-Verhandlungen auf einen Kompromiss: Deutschland blieb Nato-Mitglied, aber zumindest für eine gewisse Zeit sollten keine westlichen Soldaten in der ehemaligen DDR präsent sein.

Kein weiteres Vortücken gegen Osten, war unter den westlichen Eliten damals breiter Konsens – unabhängig davon, ob eine solche Garantie klar ausgesprochen oder schriftlich fixiert wurde. Das belegt nun ein Vermerk aus dem britischen Nationalarchiv, das der amerikanische Politikwissenschaftler *Joshua Shiffrin* entdeckte. Es handelt von einem

Treffen der politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn am 6. März 1991.

Das Dokument belegt, dass Briten, Amerikaner, Deutsche und Franzosen darin übereinstimmten, dass eine Nato-Mitgliedschaft der Osteuropäer «inakzeptabel» sei. Der deutsche Vertreter *Jürgen Chrobog* erklärte dabei: «Wir haben in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.»

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Nato stark verändert: Es gibt eine neue Ausrichtung und viele neue Mitgliedsstaaten, von denen die meisten zuvor dem Warschauer Pakt angehörten. Russland sieht sich durch diese Veränderungen bedroht und behauptet, die Nato-Ost-Erweiterung würde Absprachen verletzen.

Werner Ritter, Schaffhausen

Leserbrief, Quelle/URL:

„Zeit-Fragen“ Nr. 6 vom 8. März 2022, Seite 3, <https://www.zeit-fragen.ch/>

Internationales Recht und Diplomatie
No. 28125 vom 19. März 2022 – „NATO-Verteidigungsfall?“
URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28125.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

23. März 2022 – No. 28127

Robert lernt rechnen:

- 1.) Wieviel Flüssig-Gas muß ein grüner Kinderbuchautor von arabischen und amerikanischen Machthabern kaufen, wenn er die durch Vertrag langfristig vereinbarte Gas-Liefermenge aus Rußland plötzlich nicht mehr abnehmen will?
- 2.) Wieviel Tonnen Schweröl („Schiffsmotorenöl“) sind erforderlich, um diese Menge aus dem Persischen Golf oder über den Nordatlantik nach Deutschland zu bringen?
- 3.) Wie hoch ist der CO₂-Ausstoß („CO₂-Fußabdruck“) bei diesen Transporten?
- 4.) Warum wird der deutsche Autofahrer nicht von der „CO₂-Abgabe“ entlastet?

Greta lernt fliegen:

- 1.) Wieviel Jumbo-Jets (Boing 747 mit jeweils 440 Passagieren) sind für eine „Grüne Luftbrücke“ erforderlich, um 8.000.000 Flüchtlinge via Warschau, Budapest und Bukarest zu gleichen Teilen auf die anderen Hauptstädte in der EU zu verteilen?
- 2.) Wieviel Tonnen Kerosin („Flugzeugbenzin“) sind für diese "Grüne Luftbrücke" erforderlich?
- 3.) Wie hoch ist der CO₂-Ausstoß („CO₂-Fußabdruck“) bei diesen Transporten?
- 4.) Warum wird der deutsche Autofahrer nicht von der „CO₂-Abgabe“ entlastet?

* * *



WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER**

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

24. März 2022 – No. 28128

Heute vor 23 Jahren:

NATO-AGGRESSION

gegen Jugoslawien

Der deutsch-jugoslawische Krieg von 1999

„Wer hat uns verraten? SOZIALDEMOKRATEN!“ — Und wer ist noch schlimmer?
DIE GRÜNEN, immer!“ —

Am 24. März 1999 haben der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und sein kleines grünes Männchen an der Seite der USA und anderer NATO-Staaten sich an dem völkerrechtswidrigen Überfall auf die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien beteiligt, weil deren Regierung der „Vertrag von Rambouillet“ nicht unterschreiben wollte. Das war der erste deutsche Angriffskrieg seit dem Zweiten Weltkrieg, und er ging für die Angreifer leider glimpflich aus. Das Recht wurde gebeugt, und § 80 StGB wurde abgeschafft, damit man die Regierungs-Verbrecher nicht anklagen und einsperren mußte!

Am 27. Februar 2022 verkündete der heutige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Bundestag eine „Zeitenwende“ und beliefert die Ukraine mit Kriegswaffen gegen Rußland, Man höre und staune: Durch diese Lieferungen hat Scholz unser geliebtes Vaterland zum Feindstaat für Rußland gemacht. — Scholz und sein kleines grünes Mädchen sind verantwortlich dafür, daß Rußland seine Gaslieferungen jetzt nur noch gegen Rubel verkaufen will. — Natürlich hat Deutschland keine Rubel-Reserven, und deshalb beginnt eine „**M a n g e l w i r t s c h a f t**“ **in Deutschland. Es werden sehr schnell fehlen und unbezahlbar teuer:** Gas und Kohle, Strom, Treibstoffe, Lebensmittel, Grundnahrungsmittel und alle Konsumgüter, für deren Herstellung Strom und Energie notwendig sind. — Schuld sind Scholz und seine Mittäter!

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

26. März 2022 – No. 28130

Warum die Bildungsbürger die Ukraine nicht mögen, und warum die Proleten Herrn Putin hassen!



Tatsache ist, daß die Ukraine das Polen und die Tschechoslowakei der Gegenwart ist – ein künstlicher Staat, der mit Russen überladen ist und in seiner jetzigen Form und Ausdehnung keine Existenzberechtigung hat. Abgesehen von Washingtons fanatischem Beharren darauf, dass die zufällige Karte der Verwaltungseinheiten, die beim Zusammenbruch der Sowjetunion entstanden sind, heilige Grenzen darstellen, die unter allen Umständen erhalten werden müssen. —

Im Gegenteil, was Putin will, ist ironischerweise der vorkommunistische Status quo ante. Das heißt, er will die Krim, auf der die Ukrainer nur eine winzige Minderheit darstellen und die seit 1783 russisch war. Und, was noch entscheidender ist, sie beherbergt den größten strategischen militärischen Aktivposten, den Rußland seither besaß – den großen Marinestützpunkt am Oberlauf des Schwarzen Meeres in Sewastopol.

Auch der Donbass und die Gebiete östlich des Dnjepr und entlang des nördlichen Randes des Schwarzen Meeres und des Asowschen Meeres gehören seit über 300 Jahren zu Rußland. Nach allen Fakten der Geschichte vor 1922 gehörten diese Gebiete zu Noworossija („Neurußland“), wie auf dieser Karte von 1897 dargestellt.

„Ukrainisch“ wurden sie erst durch den Erlaß von zwei der größten Ungeheuer der Geschichte – Wladimir Lenin und Joseph Stalin –, die sie aus Gründen, die keinerlei historische Gültigkeit haben, in die Verwaltungseinheit der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik aufnahmen.

Dennoch wird dort heute ein verheerender Krieg geführt – ein Krieg, der auf den Abgrund des Dritten Weltkriegs zusteuert –, weil Washington Kiew ermutigt, auf der Beibehaltung „jedes Zentimeters“ einer von Lenin, Stalin und Chruschtschow erstellten Landkarte zu bestehen.

Letztere haben mit der Landkarte der Ukraine das gemacht, was Wilson & Co. mit Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg gemacht haben. Das heißt, dass diese längst verstorbenen kommunistischen Diktatoren aus den russischen und polnischen Gebieten einen brennbaren Mischling herausgezogen haben, der darum bettelt, aufgeteilt und zum Status quo ante zurückgebracht zu werden, und nicht bis zum letzten Tropfen ukrainischen Blutes und der US/NATO-Schätze verteidigt wird.



Es erübrigt sich zu erwähnen, dass kein politischer Entscheidungsträger in Washington mit der obigen Karte vertraut ist, und auch kein Sesselskrieger auf dem *Capitol Hill* hat eine Ahnung davon. Vor allem aber haben es die blutrünstigen Falken und *Neocons* der *GOP* mit ihrem Geschrei über „Grenzverletzungen“ und die Notwendigkeit der uneingeschränkten Unterstützung einer heldenhaften Nation, die sich tapfer gegen das russische Ungeheuer wehrt, Biden und seinen Lakaien im Bereich der nationalen Sicherheit kinderleicht gemacht, auf einen totalen Krieg gegen Rußland umzuschwenken und so die amerikanische Öffentlichkeit vom abgrundtiefen Versagen ihrer Innenpolitik abzulenken. [...]

Quelle/URL:

Großzitat aus „Washington ist im Kriegsfiel“, Von David Stockman, 26. März 2022,
<https://www.lewrockwell.com/2022/03/david-stockman/washington-is-delirious-with-war-fever-for-no-reason-of-homeland-security/>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO

USt-IdNr.: DE198574773

4. April 2022 – No. 28145

Offener Brief

**An den Bundeskanzler
Herrn Olaf Scholz
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin**

Herr Bundeskanzler,

ich verstehe natürlich, daß Sie von Ihrer gemeingefährlichen Impf-Politik ablenken wollen, aber dafür hätten Sie sich ein anderes Thema suchen müssen als diesen russisch-kleinrussischen Konflikt, der uns in Deutschland wirklich nichts angeht:

Muß ich Sie daran erinnern, daß Sie der **deutsche** Bundeskanzler sind, und nicht der Kanzler der Ukraine?

Muß ich Sie daran erinnern, daß bei jeder militärischen Auseinandersetzung Menschen sterben, nicht nur in der Ukraine?

Muß ich Sie erinnern an die Kollateralschäden unter der Zivilbevölkerung in Dresden (1945), Hamburg, Solingen und vielen anderen Orten, die im Zweiten Weltkrieg von den englischen und amerikanischen Luftpiraten mit dem Bomben-Terror gegen nicht-militärische Ziele vernichtet wurden? – Wollen Sie den Dritten Weltkrieg anzetteln?

Muß ich Sie erinnern an die Lüge vom „Račak-Massaker“ (1999), die der damaligen Bundesregierung (Schröder/Scharping/Fischer) den Angriffskrieg der Bundesrepublik Deutschland gegen Jugoslawien ermöglichte? – Wollen Sie Rußland angreifen?

Muß ich Sie daran erinnern, daß jeder neutrale Staat allen Konfliktparteien besser helfen kann als ein selbsternannter Feindstaat Rußlands? Der türkische Präsident Erdoğan macht Ihnen gerade vor, wie das geht, lernen Sie gefälligst von ihm!

Können Sie sich vorstellen, wie wenig mich das medial sehr wirksam inszenierte „Leid der Menschen in der Ukraine“ interessiert? Auf einer nach oben offenen Skala liegen mein Interesse an der Ukraine und mein Mitgefühl für deren Bewohner heute ganz genau bei Null-Komma-Null. Der russisch-kleinrussische Konflikt ist ein lokaler Konflikt, aus dem Deutschland, die höchst überflüssige „Europäische Union“ (EU) und die noch überflüssigere NATO sich heraushalten müssen, so einfach ist das!

Woher kommt meine erworbene Abneigung gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung? Es sind die permanenten Forderungen, mit denen der Fernseh-Clown in Kiew und sein Botschafter in Berlin deutsche Waffen für die Ukraine verlangen, deutsche Unterstützung jeder Art, deutsche und „europäische“ Sanktionen gegen Rußland, eine deutsch-ukrainische „Freundschaft“ und „Solidarität“, die hinter einer offenen deutsch-russischen Feindschaft nicht zurücksteht. Dabei sind die bisherigen deutschen Leistungen und die deutsche Propaganda zu Gunsten der Ukraine schon mehr als unverhohlene Feindseligkeiten gegen Rußland.

Gestern meldeten die Nachrichten, daß in der Nacht mit „minus 12,5 Grad Celsius“ der niedrigste Wert seit Beginn der Aufzeichnungen in Nordrhein-Westfalen gemessen wurde. Das ist natürlich ein großer Sieg der Klima-Idioten über die Erderwärmung, aber auch eine natürliche Tatsache, die Ihnen und Ihren kleinen grünen Männchen und Mädchen vor Augen führen sollte, wie abhängig Deutschland von russischem Gas und Öl ist. Deutschlands Freiheit wird nicht am Hindukusch, nicht in Kiew und nicht am Schwarzen Meer verteidigt, sondern an der „Heimatfront“, das heißt an den deutschen Tankstellen und in den deutschen Supermärkten.

Können Sie sich nicht vorstellen, daß **meine deutschen Interessen** darin bestehen, billiges Öl und billiges Gas zu kaufen? Ich will auch billiges Benzin, billiges Brot, billige Butter, billiges Fleisch, usw. kaufen, und Ihre Aufgabe als deutscher Bundeskanzler ist es, dafür zu sorgen, daß in den Regalen der Supermärkte all diese guten Sachen wieder verfügbar und für jedermann bezahlbar bleiben müssen: Toilettenpapier, Sonnenblumenöl, Nudeln, Reis, Zucker, Mehl, Milch, Kaffee, usw.!

Können Sie sich erinnern, daß Sie einen Amtseid geschworen haben, und wie der lautete? — *„Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“* — Ich habe den Wortlaut für Sie zitiert, weil allgemein bekannt ist, wie vergeßlich Sie angeblich sind.

Und zum guten Schluß die Gretchenfrage: Können Sie sich vorstellen, daß ich Ihnen und allen anderen, die sich einseitig zu Feinden Rußlands und seines Präsidenten Putin erklärt haben, **jedes moralische Recht** abspreche, das militärische Vorgehen Rußlands gegen die Ukraine zu verurteilen, solange die deutschen Mittäter des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien (1999) „noch frei herumlaufen“?

Kehren Sie vor Ihrer eigenen Haustür! Verfolgen Sie die deutschen Angriffskrieger von 1999 und deren internationale Komplizen, bevor Sie die deutsch-russischen Beziehungen weiter belasten und beschädigen.

Hochachtungsvoll

P. S.: Lesen bildet.

Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode	Drucksache 13/11469 12. 10. 98
 Antrag der Bundesregierung	
 Deutsche Beteiligung an den von der NATO geplanten begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt	

Deutscher Bundestag 14. Wahlperiode	Drucksache 14/9384 14. 06. 2002
 Kleine Anfrage der Abgeordneten Heidi Lippmann, Roland Claus und der Fraktion der PDS	
 Haltung der Bundesregierung zum Urteil des Distriktgerichts Belgrad gegen Politiker der NATO	
 Am 21. September 2000 hat das Distriktgericht in Belgrad im Zusammenhang mit dem Luftkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien angeblich 12 Politiker von NATO-Staaten, den NATO-Generalsekretär und den NATO-Oberbefehlshaber Europa wegen Kriegsverbrechen zu hohen Haftstrafen verurteilt. Unter den Verurteilten sollen sich der Bundeskanzler sowie die Bundesminister des Auswärtigen und der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland befinden.	

Zur Erinnerung:

Staatsanwaltschaft Belgrad, Anklage vom 29. August 2000,
URL: http://www.Schneider-Institute.de/KT-420-99_290800.htm

Distriktgericht Belgrad, Urteil vom 21. September 2000,
URL: http://www.Schneider-Institute.de/KT-420-99_210900.htm

* * *

Wie glaubwürdig sind der Fernseh-Clown in Kiew und sein Botschafter in Berlin?

Das schrieb die deutsche
Presse noch **vor einem
Jahr** über den
"Heldenpräsidenten":



"Korrupt wie eh und je"

**"50% der Wähler fordern sofortigen Rücktritt
und Neuwahlen"**

"Würden nicht **Milliarden [von korrupten
Politikern] geklaut**, bräuchte das Land keine
Kreditmilliarden aus dem Westen"

"akzeptiert **Korruption und Rechtlosigkeit**
im Austausch, dass er und sein Apparat die **Kontrolle**
behalten"

"tut nichts gegen Macht der **Oligarchen**"

kontrolliert und duldet **"atemberaubend korrupte
Gerichte** und Gremien zur Richterauswahl"

"hat alle Reformer und **Kritiker gefeuert**, unabhängige
Institutionen unter seiner Macht **gleichgeschaltet**"

SicherheitDeutschland

* * *

Internationales Recht und Diplomatie

No. 28145 vom 4. April 2022 – Offener Brief an den Bundeskanzler Olaf Scholz (3)

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28145.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

6. April 2022 – No. 28146

Sieben Fragen zu „Butscha“

1.) Könnte es sein, daß die erschossenen Frauen und Männer als „Partisanen“ am bewaffneten Kampf gegen die Russen teilgenommen haben, und dafür nach Kriegsrecht behandelt wurden?

2.) Könnte es ein, daß Mörder der Zelensky-Truppe in russischen Beuteuniformen die Zivilisten in Butscha erschossen haben, um Propaganda-Bilder und Propaganda-Lügen zu produzieren?

3.) Könnte es sein, daß die „gefesselten“ und erschossenen Männer in Butscha als Fahnenflüchtige und Deserteure aus der Zelensky-Armee nur die im Kriege und in allen Armeen übliche Todesstrafe für Feiglinge erhielten?

4.) Warum sollte ich dem Kiewer Lästling Zelensky, dessen unverschämte Forderungen an mein geliebtes Deutschland meine Landsleute und mich schon jetzt spürbar in die Mangelwirtschaft getrieben haben, mehr glauben als dem seriösen Staatsmann Wladimir Putin, der immer noch vertragstreu ist, und über die „unfreundlichen Akte“ und „offenen Feindseligkeiten“ des Scholz-Regimes und der „Europäischen Union“ großzügig hinwegsieht?

5.) *Erinnert sich noch jemand an die „Brutkastenlüge“ im irakisch-kuwaitischen Krieg von 1990?*

Als Brutkastenlüge wird die über längere Zeit als Tatsache verbreitete Lüge bezeichnet, daß irakische Soldaten bei der Invasion Kuwaits im August 1990, dem Beginn des Zweiten Golfkrieges, kuwaitische Frühgeborene getötet hätten, indem sie diese aus ihren Brutkästen gerissen und auf dem Boden hätten sterben lassen. Diese Behauptung wurde 1990 von Nayirah as-Sabah im Kongreß der Vereinigten Staaten kolportiert. Sie hatte Einfluß auf die öffentliche Debatte über die Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens zugunsten Kuwaits und wurde unter anderem vom damaligen US-Präsidenten George H. W. Bush und von Menschenrechtsorganisationen vielfach zitiert.

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28146.pdf>

Erst nach der US-geführten militärischen Intervention zur Befreiung Kuwaits stellte sich die Geschichte als Erfindung der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton heraus. Diese wurde von der im Exil befindlichen kuwaitischen Regierung bezahlt worden, um die Rückeroberung Kuwaits mittels Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Vgl. „Am Anfang stand die Lüge“ vom 26. Februar 2003 von Dipl. Soz.-Wiss. Elvi Claßen
„Live aus Bagdad“ – Erneuerung der "Brutkasten-Lüge" im ZDF,
 URL: <https://www.heise.de/tp/features/Am-Anfang-stand-die-Luege-3428612.html>

6.) **Erinnert sich noch jemand an die sehr gute Dokumentation des WDR-Fernsehens zum deutsch-jugoslawischen Krieg von 1999?**

Es begann mit einer Lüge

Gerhard Schröder (24. März 1999):

"Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen.

Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern.

Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg.

Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen."

Der ehemalige serbische Präsident Slobodan Milosevic eröffnete mit dieser Video-Dokumentation seine Verteidigung vor dem ICTY in Den Haag:

Transcript of the "Tribunal" (ICTY),
 URL: <http://www.un.org/icty/transe54/020214IT.htm>

Page 225

1 Thursday, 14 February 2002

2 [Open session]

3 [The accused entered court]

4 --- Upon commencing at 9.00 a.m.

5 JUDGE MAY: Yes, Mr. Milosevic.

6 THE INTERPRETER: We kindly request that the microphone be
 7 switched on.

8 JUDGE MAY: The microphone should be switched on. It's on now.

9 Yes.

10 THE ACCUSED: [Interpretation] Can you hear me now?

11 JUDGE MAY: Yes.

12 THE ACCUSED: [Interpretation] I said that I hope and assume that,
 13 according to the Rules you explained to me, I won't be interrupted.

14 I should like to start off by saying -- by showing a videotape,

15 so I'd like to show a video first and then I'll continue speaking after
 16 that.

17 JUDGE MAY: Yes. Let that be done.

18 [Videotape played]

19 JUDGE MAY: Can we get a translation? Can we have a translation
20 of this, please? Can the interpreters assist?

21 THE INTERPRETER: The tape is very fast and the interpreters do
22 not have the text of it, but we'll do our best.

23 JUDGE MAY: Thank you. Yes, let's play the tape again.

24 [Videotape played]

25 THE INTERPRETER: [Voiceover] "Allegedly for humanitarian reasons,

Page 226 [...]

ABSCHRIFT

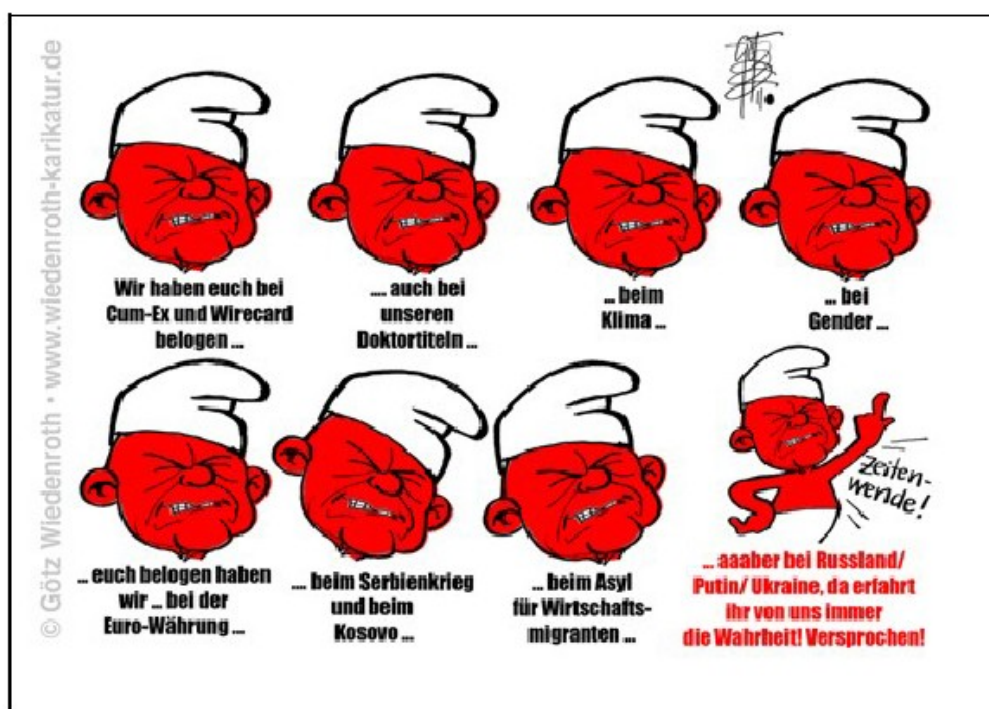
des Video-Bandes

„Es begann mit einer Lüge“ – Manuskript der WDR-Sendung

vom 8. Februar 2001, 21.45 Uhr, URL:

http://online.wdr.de/online/news/kosovoluege/sendung_text.pdf

7.) Warum sollte die aktuelle „Butscha-Propaganda“ glaubhafter sein als die „Brutkastenlüge“ (1990), die „Račak-Lüge“ (1999) und die diversen Giftgas- und Chemiewaffen-Lügen der 2000er Jahre?



Ich persönlich glaube dem Fernseh-Komiker in Kiew, seinem Botschafter in Berlin, und der deutschen Bundesregierung kein einziges Wort.

Ich fordere die Bundesregierung noch einmal auf, sich gegenüber Rußland und der Ukraine neutral zu verhalten, und jede Unterstützung der Ukraine sofort zu beenden!

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

17. Juni 2022 – No. 28217

Des Kiewer Fernseh-Komikers UKRAINE-KRIEG und die Lehre vom „völkerrechtswidrigen Verteidigungskrieg“

1.) Wer einen Krieg verloren hat, zum Beispiel weil er sich mangels Masse oder Material nicht mehr verteidigen kann, muß kapitulieren, statt sinnlos weiterzukämpfen, und das gilt auch für die militärische und staatliche Führung eines völkerrechtswidrig angegriffenen Landes, um seine Bevölkerung vor den Folgen des unnötig verlängerten Krieges zu schützen.

2.) Der deutsche Beistand für Österreich-Ungarn war im Sommer 1914 der eigentliche Kriegsgrund und kein „Verteidigungsfall“ gegen das Kaiserreich Rußland, weil der österreichisch-ungarische Angriff auf Serbien schon kein Verteidigungskrieg war, und deshalb der russische Beistand für das angegriffene Serbien auch kein Angriffskrieg sein konnte. Der deutsche Beitrag zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges war die falsche Auslegung von Angriff und Verteidigung im Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Dabei handelte es sich allerdings nicht um einen „völkerrechtswidrigen Verteidigungskrieg“, sondern überhaupt nicht um einen „Verteidigungskrieg“, vielmehr um einen Angriffskrieg!

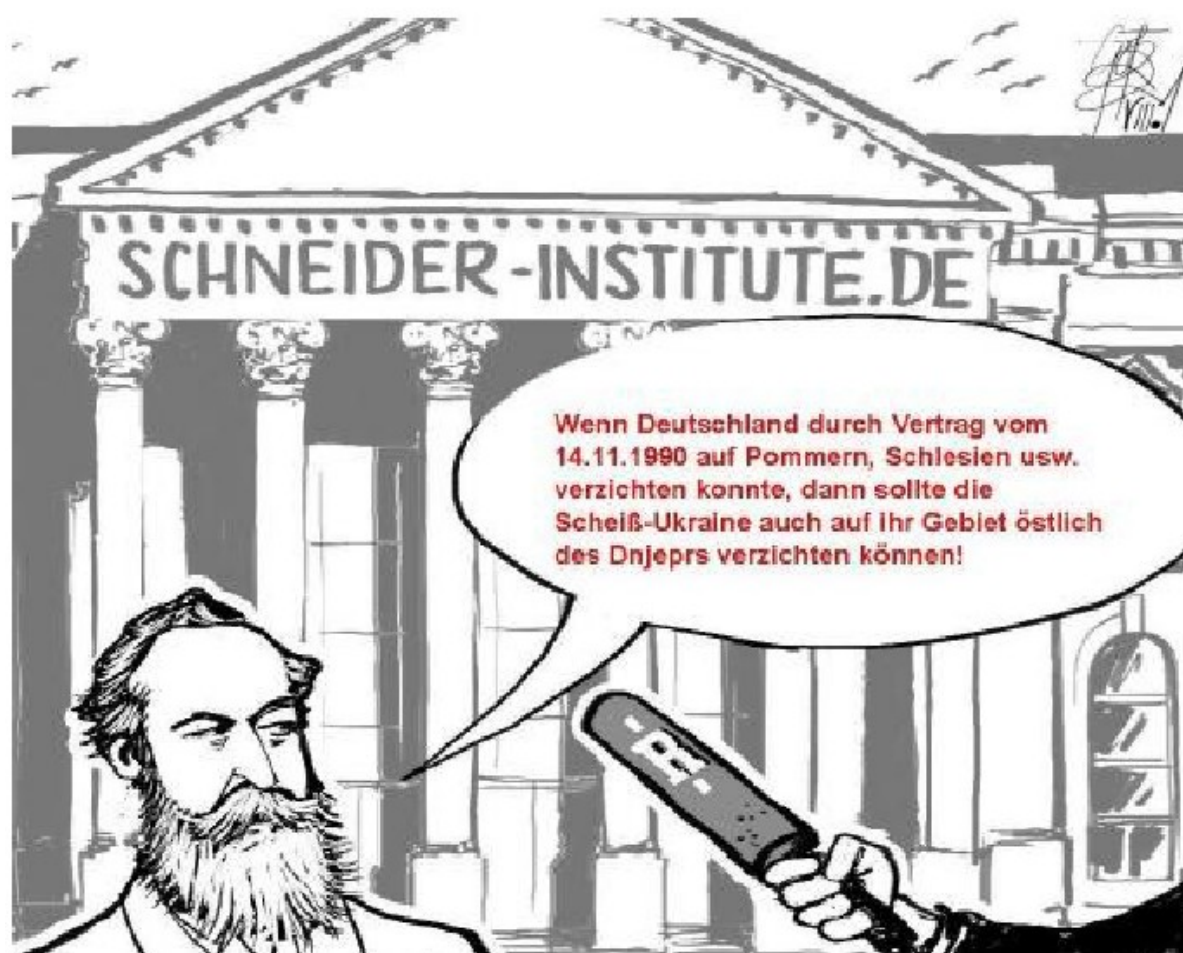
3.) Ob der deutsche Polenfeldzug oder der deutsche Rußlandfeldzug im Zweiten Weltkrieg Angriffs-, Präventions- oder Verteidigungskriege waren, ist erst einmal gleichgültig, wenn man annimmt, daß der Zweite Weltkrieg ab einem bestimmten Zeitpunkt für Deutschland nicht mehr zu gewinnen war, zum Beispiel nach dem Verlust der 6. Armee in Stalingrad, dem Sieg über das deutsche Afrikakorps, der Invasion der Alliierten in der Normandie, usw. – Spätestens ab irgend einem Zeitpunkt weit vor dem 8. Mai 1945 – vielleicht sogar erst nach der gescheiterten Ardennen-Offensive oder bei der Evakuierung Ostpreußens – muß es für die militärische und zivile Führung des Deutschen Reiches klar gewesen sein, daß sein Krieg gegen die übermächtigen Gegner für das Deutsche Reich nicht mehr zu gewinnen war, und spätestens ab diesem Zeitpunkt hätte auch der gerechteste Verteidigungskrieg gegen die Alliierten durch eine deutsche Kapitulation beendet werden müssen, um das deutsche Volk und die übrige Bevölkerung vor dem unnötigen Leid des weiteren Krieges zu schützen.

4.) Kürzester Krieg ist bester Krieg! Wer seine Munition verschossen und sein Kriegsmaterial verbraucht hat, ist der Verlierer, selbst wenn er zuvor völkerrechtswidrig angegriffen wurde, und dieser Verlierer ist zur Kapitulation verpflichtet, um sein Land und sein Volk vor dem unnötigen Leid des weiteren Krieges zu schützen. Das tägliche Betteln um Waffen und Munition aus dem Ausland ist keine Alternative, sondern setzt die Drittstaaten nur den Gefahr aus, nicht länger als neutral zu gelten, und selber in den Krieg hineingezogen zu werden.

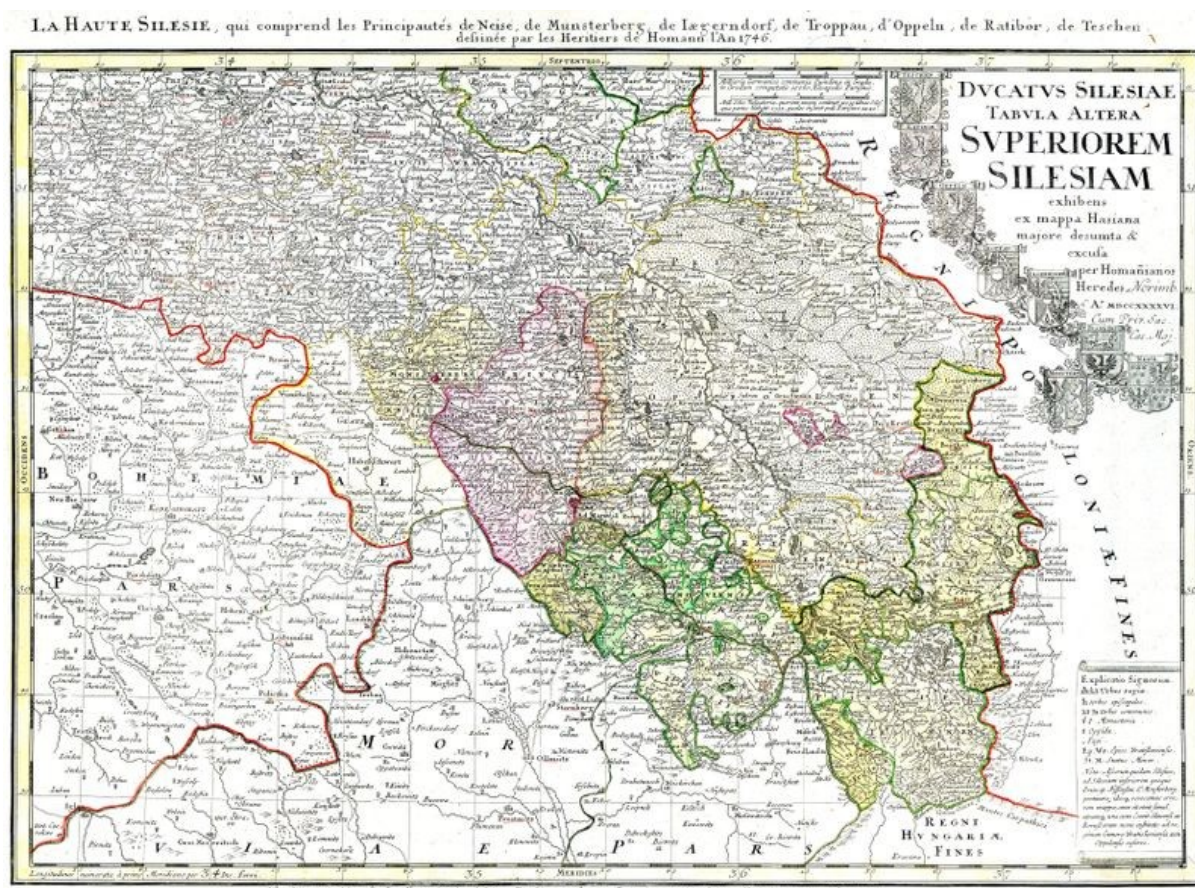
Wer aber Dritte in einen aussichtslosen oder aussichtslos gewordenen Verteidigungskrieg hineinzieht, führt nicht länger einen berechtigten Verteidigungskrieg, sondern einen völkerrechtswidrig gewordenen oder schlicht „völkerrechtswidrigen Verteidigungskrieg“, denn ein von Anbeginn aussichtsloser – zum Beispiel Luxemburg gegen Deutschland (1940) oder Dänemark gegen Deutschland (1940) – oder aussichtslos gewordener Verteidigungskrieg ist nicht weniger „völkerrechtswidrig“ (sic!) als ein Angriffskrieg!

* * *

Wem gehört Schlesien?



Den Habsburgern? Den Preußen? Deutschland? Polen? Rübezahl? Zelensky?



* * *

Internationales Recht und Diplomatie

No. 28217 vom 18. Juni 2022 – "Wem gehört Schlesien?"

[Zur Vergleichung: "Wem gehört die Ukraine?"]

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28217.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster
An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

18 Juni 2022 – No. 28218

Der ZELENSKY - K R I E G — ein „völkerrechtswidriger Verteidigungskrieg“ und deshalb auch ein Kriegsverbrechen!

1.) Wer einen Krieg verloren hat, zum Beispiel weil er sich mangels Masse oder Material nicht mehr verteidigen kann, muß kapitulieren statt sinnlos weiterzukämpfen, und das gilt auch für die militärische und staatliche Führung eines völkerrechtswidrig angegriffenen Landes, um seine Bevölkerung vor den Folgen des unnötig verlängerten Krieges zu schützen.

2.) Der deutsche Beistand für Österreich-Ungarn war im Sommer 1914 der eigentliche Kriegsgrund und kein „Verteidigungsfall“ gegen das Kaiserreich Rußland, weil der österreichisch-ungarische Angriff auf Serbien schon kein Verteidigungskrieg war, und deshalb der russische Beistand für das angegriffene Serbien auch kein Angriffskrieg sein konnte. Der deutsche Beitrag zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges war die falsche Auslegung von Angriff und Verteidigung im Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Dabei handelte es sich allerdings nicht um einen „völkerrechtswidrigen Verteidigungskrieg“, sondern überhaupt nicht um einen „Verteidigungskrieg“, vielmehr um einen Angriffskrieg!

3.) Ob der deutsche Polenfeldzug oder der deutsche Rußlandfeldzug im Zweiten Weltkrieg Angriffs-, Präventions- oder Verteidigungskriege waren, ist erst einmal gleichgültig, wenn man annimmt, daß der Zweite Weltkrieg ab einem bestimmten Zeitpunkt für Deutschland nicht mehr zu gewinnen war, zum Beispiel nach dem Verlust der 6. Armee in Stalingrad, dem Sieg über das deutsche Afrikakorps, der Invasion der Alliierten in der Normandie, usw. – Spätestens ab irgend einem Zeitpunkt weit vor dem 8. Mai 1945 – vielleicht sogar erst nach der gescheiterten Ardennen-Offensive oder bei der Evakuierung Ostpreußens – muß es für die militärische und zivile Führung des Deutschen Reiches klar gewesen sein, daß sein Krieg gegen die übermächtigen Gegner für das Deutsche Reich nicht mehr zu gewinnen war, und spätestens ab diesem Zeitpunkt hätte auch der gerechteste Verteidigungskrieg gegen die Alliierten durch eine deutsche Kapitulation beendet werden müssen, um das deutsche Volk und die übrige Bevölkerung vor dem unnötigen Leid des weiteren Krieges zu schützen.

4.) Kürzester Krieg ist bester Krieg! Wer seine Munition verschossen und sein Kriegsmaterial verbraucht hat, ist der Verlierer, selbst wenn er zuvor völkerrechtswidrig angegriffen wurde, und dieser Verlierer ist zur Kapitulation verpflichtet, um sein Land und sein Volk vor dem unnötigen Leid des weiteren Krieges zu schützen. Das tägliche Betteln um Waffen und Munition aus dem Ausland ist keine Alternative, sondern setzt die Drittstaaten nur den Gefahr aus, nicht länger als neutral zu gelten, und selber in den Krieg hineingezogen zu werden.

Wer aber Dritte in einen aussichtslosen oder aussichtslos gewordenen Verteidigungskrieg hineinzieht, führt nicht länger einen berechtigten Verteidigungskrieg, sondern einen völkerrechtswidrig gewordenen oder schlicht „völkerrechtswidrigen Verteidigungskrieg“, denn ein von Anbeginn aussichtsloser – zum Beispiel Luxemburg gegen Deutschland (1940) oder Dänemark gegen Deutschland (1940) – oder aussichtslos gewordener Verteidigungskrieg ist nicht weniger „völkerrechtswidrig“ (sic!) als ein Angriffskrieg!

* * *

Wem gehört Schlesien?

Die Antwort auf diese Frage finden Sie auf Seite 2 des Memorandums mit der URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28217.pdf>



„In Deutschland soll niemand für den verbrecherischen ZELENSKY-KRIEG hungern, frieren, verarmen oder sterben müssen!“ (René Schneider) —

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Freiberuflicher Rechtswissenschaftler

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

19. Juni 2022 – No. 28219

Neue Welt-Friedensbewegung: „No Nato, please!“

Frage: Wie kann der Nato-Verteidigungsfall für Deutschland ausgeschlossen werden?

**Antwort: Wer nicht am nächsten Nato-Krieg teilnehmen will, muß
aus dieser sinnlosen Verbrecher-Organisation austreten!**

König Friedrich II. von Preußen schrieb 1756 den bemerkenswerten Satz: „Der Angreifer ist aber nicht der, der den ersten Schuß tut, sondern der, der den Plan faßt, seinen Nachbarn anzugreifen, und dies offen durch seine drohende Haltung kundgibt.“¹

Nachdem am 1. Juli 1991 der „Warschauer Pakt“ aufgelöst wurde, hatte die Nato ihren Feind und damit auch ihre Existenzberechtigung verloren. Vernünftigerweise hätte auch die Nato aufgelöst werden müssen, das wäre für die Mitglieder sogar finanziell ein Segen gewesen.

Die akute Weltkriegsgefahr geht nicht von regional begrenzten Konflikten aus, denn militärische Auseinandersetzungen zwischen den Völkern hat es immer gegeben – seit Jahrtausenden – und wird es auch in der Zukunft immer wieder geben, der Mensch ist von Natur aus nicht unbedingt friedlich. Es ist aber grob unvernünftig, wenn ganze Völker, denen das Schicksal eines *shithole state* von Rechtes wegen „meilenweit am *amus* vorbeigehen“ sollte, sich wegen eines Fetzens Papier – gemeint ist der Nato-Vertrag – in einen Krieg hineinziehen lassen, der sie objektiv nichts angeht.

René Schneider: „Vernünftigerweise fordere ich deshalb den Austritt Deutschlands aus der Nato, und noch besser die Auflösung der Nato – als aktiven Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit. Die Weltkriegsgefahr heißt nicht Rußland, sondern Nato.“

* * *

1) „Die Werke Friedrichs des Großen in deutscher Übersetzung“, herausgegeben von Gustav Berthold Volz, 1913, Dritter Band, „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“, Erster Teil, Seite 166

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28219.pdf>

Nato-Ost-Erweiterung doch ein gebrochenes Versprechen

Wer sich ein wenig mit den Verhandlungen über die deutsche Einheit befasst hat, weiss, dass der künftige Umfang der Nato damals ein relevantes Thema war.

Die deutsche Wiedervereinigung war nämlich die erste Ost-Erweiterung der Nato. Und schon gegen diese Form der Expansion hatte die russische Seite massive Bedenken. *Michail Gorbatschow* etwa verlangte eigentlich ein blockfreies Deutschland. Am Ende einigte man sich in den «Zwei-plus-vier»-Verhandlungen auf einen Kompromiss: Deutschland blieb Nato-Mitglied, aber zumindest für eine gewisse Zeit sollten keine westlichen Soldaten in der ehemaligen DDR präsent sein.

Kein weiteres Vortücken gegen Osten, war unter den westlichen Eliten damals breiter Konsens – unabhängig davon, ob eine solche Garantie klar ausgesprochen oder schriftlich fixiert wurde. Das belegt nun ein Vermerk aus dem britischen Nationalarchiv, das der amerikanische Politikwissenschaftler *Joshua Shiffrin* entdeckte. Es handelt von einem

Treffen der politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn am 6. März 1991.

Das Dokument belegt, dass Briten, Amerikaner, Deutsche und Franzosen darin übereinstimmten, dass eine Nato-Mitgliedschaft der Osteuropäer «inakzeptabel» sei. Der deutsche Vertreter *Jürgen Chrobog* erklärte dabei: «Wir haben in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.»

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Nato stark verändert: Es gibt eine neue Ausrichtung und viele neue Mitgliedsstaaten, von denen die meisten zuvor dem Warschauer Pakt angehörten. Russland sieht sich durch diese Veränderungen bedroht und behauptet, die Nato-Ost-Erweiterung würde Absprachen verletzen.

Werner Ritter, Schaffhausen

Leserbrief, Quelle/URL:

„Zeit-Fragen“ Nr. 6 vom 8. März 2022, Seite 3, <https://www.zeit-fragen.ch/>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER
Telefax (02 51) 3 99 71 62
Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

20. Juni 2022 – No. 28220

Die EU und der Fernsehkomiker in Kiew:

Wer zuletzt kommt mahlt zuerst?



Schon am 14. April 1987 beantragte die Republik Türkei, vertreten durch ihren damaligen Ministerpräsidenten Turgut Özal, in aller Form die Mitgliedschaft in den „Europäischen Gemeinschaften“ (EG), wie die „Europäische Union“ (EU) sich damals noch nannte.

Als treuer Freund der Türkei habe ich deren Wunsch, Mitglied der EG bzw. EU zu werden, zwar nie verstanden, aber im Rahmen meiner bescheidenen Möglichkeiten stets unterstützt und gefördert. Allerdings habe ich immer öfter und immer deutlicher dazu gesagt: Wenn das der türkische Wunsch und Wille ist, muß ich das akzeptieren, aber einem guten Freund kann ich eigentlich nicht raten, in diese Gemeinschaft oder Union einzutreten, die Türkei solle froh sein, ihre Souveränität zu besitzen, statt sie an die Diktatur aus Brüssel zu verschenken. „Die Türkei gehört den Türken, und nicht der Europäischen Union!“

Ich frage mich, was für ein verlogener Haufen die „europäischen“ Politiker in Brüssel und in den Vasallenstaaten der EU „von Finnland bis zum Schwarzen Meer“ sind, wenn sie einerseits einen historisch gewachsenen Staat mit eigenständiger Kultur – und seit den Reformen von Mustafa Kemal Atatürk mit moderner und westlicher Ausrichtung – 35 Jahre lang hinhalten, vertrösten, belügen und betrügen, und andererseits einem „*failed state*“, der zufällig durch die Auflösung der Sowjetunion entstanden ist, und seine endgültige Form seit 1991 noch nicht gefunden hat, einen „Blitz-Beitritt“ anbieten, um danach wahrscheinlich auch noch die Kriegsschäden, Kriegsschulden, und den Wiederaufbau des ukrainischen Moloches zu bezahlen!

Meinen deutschen Landsleuten kann ich nur den guten Rat geben, aus dieser EU und aus der völkerrechts-verbrecherischen NATO, welche am 24. März 1999 die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg überfallen hat, auszutreten; und meinen türkischen Freunden kann ich nur den guten Rat geben, den türkischen EU-Beitritts-Antrag vom 14. April 1987 zurückzunehmen, und ebenfalls aus der NATO auszutreten!

Deutschland und die Türkei wären gut beraten, die bisherige Politik unter der Geißel der EU, der NATO und der USA zu beenden, und mit Rußland ein robustes Bündnis für den wirtschaftlichen Wohlstand, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu schmieden!

Die EU, die NATO und die USA haben im Laufe ihrer Geschichte – insbesondere in den letzten 25 Jahren – jedes moralische Recht verloren, sich in die inneren Angelegenheiten dritter Staaten einzumischen.

* * *

ANHANG**Nato-Ost-Erweiterung
doch ein gebrochenes Versprechen**

Wer sich ein wenig mit den Verhandlungen über die deutsche Einheit befasst hat, weiss, dass der künftige Umfang der Nato damals ein relevantes Thema war.

Die deutsche Wiedervereinigung war nämlich die erste Ost-Erweiterung der Nato. Und schon gegen diese Form der Expansion hatte die russische Seite massive Bedenken. *Michail Gorbatschow* etwa verlangte eigentlich ein blockfreies Deutschland. Am Ende einigte man sich in den «Zwei-plus-vier»-Verhandlungen auf einen Kompromiss: Deutschland blieb Nato-Mitglied, aber zumindest für eine gewisse Zeit sollten keine westlichen Soldaten in der ehemaligen DDR präsent sein.

Kein weiteres Vorrücken gegen Osten, war unter den westlichen Eliten damals breiter Konsens – unabhängig davon, ob eine solche Garantie klar ausgesprochen oder schriftlich fixiert wurde. Das belegt nun ein Vermerk aus dem britischen Nationalarchiv, das der amerikanische Politikwissenschaftler *Joshua Shiffrin* entdeckte. Es handelt von einem

Treffen der politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn am 6. März 1991.

Das Dokument belegt, dass Briten, Amerikaner, Deutsche und Franzosen darin übereinstimmen, dass eine Nato-Mitgliedschaft der Osteuropäer «inakzeptabel» sei. Der deutsche Vertreter *Jürgen Chrobog* erklärte dabei: «Wir haben in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.»

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Nato stark verändert: Es gibt eine neue Ausrichtung und viele neue Mitgliedsstaaten, von denen die meisten zuvor dem Warschauer Pakt angehörten. Russland sieht sich durch diese Veränderungen bedroht und behauptet, die Nato-Ost-Erweiterung würde Absprachen verletzen.

Werner Ritter, Schaffhausen

Leserbrief, Quelle/URL:

„Zeit-Fragen“ Nr. 6 vom 8. März 2022, Seite 3, <https://www.zeit-fragen.ch/>

P. S.:

Das Protokoll des in dem vorstehenden Leserbrief von Werner Ritter erwähnten Treffens vom 6. März 1991 wurde von der University of California, Los Angeles (UCLA; deutsch: Universität von Kalifornien, Los Angeles) – UCLA Social Sciences Computing – im Internet für die interessierte Allgemeinheit veröffentlicht,

URL:

<http://www.sscnet.ucla.edu/polisci/faculty/trachtenberg/cv/19910307.pdf>

* * *

Internationales Recht und Diplomatie

No. 28220 vom 20. Juni 2022 – EU-Kandidaten

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28220.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

21. Juni 2022 – No. 28221

NATO-AGGRESSION AGAINST RUSSIA

Der „Litauische Korridor“ von 2022 und der „Polnische Korridor“ von 1939 —

Mit dem „Polenfeldzug“ vom 1. September 1939 schützte das Deutsche Reich die Volksdeutschen in der durch den „Versailler Friedensvertrag“ leider neu geschaffenen Republik Polen (einer erstklassigen Diktatur mit polnischem Großmacht-Anspruch) vor dem polnischen Völkermord an den Deutschen.

Nach 1945 wurde diese Tatsache durch die Siegerjustiz und die Umerziehung des deutschen Volkes reduziert auf den „Polnischen Korridor“, gemeint ist damit die fehlende Landverbindung zwischen dem nach dem „Friedensvertrag“ übrig gebliebenen Reichsgebiet und der Provinz Ostpreußen. Diese Provinz wurde 1945 nach der Eroberung durch die Sowjet-Armee geteilt: Der nördliche Teil von Ostpreußen kam unter sowjetische Verwaltung, der südliche Teil wurde bis 1990 polnisch „verwaltet“ und dann durch Vertrag – zusammen mit den anderen deutschen Ostprovinzen (Westpreußen, Schlesien, Pommern, usw.) – von der offensichtlich größtenwahnsinnigen Regierung Kohl/Genscher schamlos an Polen „verschenkt“!

Heute haben wir genau die gleiche Situation: Um einen Krieg von Rußland gegen die NATO oder einen ihrer Mitgliedstaaten zu provozieren, sperrt Litauen, das durch seine Geschichte jahrhundertlang unrühmlich mit dem Königreich Polen verbunden war, den vertraglich vereinbarten „Korridor“ zwischen Rußland und dem russisch-besetzten Nord-Ostpreußen, dessen völkerrechtliche Situation (anders als die Lage von „polnisch Süd-Ostpreußen“ seit 1990) unklar ist, aber von NATO-Deutschland nicht beansprucht wird. Die NATO-Staaten hoffen auf einen russischen „Überfall“ auf Litauen und damit auf einen Grund zum Dritten Weltkrieg gegen Rußland.

* * *

© 2022-2025 · RENÉ SCHNEIDER · BREUL 16 · 48143 MÜNSTER · SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

Telefax (privat) · Telefon (privat) · E-Mail: Schneider@muenster.de

Und so ist die seit 1993 zwischen Litauen und Rußland vertraglich vereinbarte Rechtslage im Hinblick auf den Korridor, der aktuell von NATO-Litauen einseitig und völkerrechtswidrig zum Nachteil von Rußland gesperrt wurde:

No. 31342

**LITHUANIA
and
RUSSIAN FEDERATION**

**Agreement concerning international road transport (with
protocols). Signed at Vilnius on 18 November 1993**

1994 United Nations — Treaty Series • Nations Unies — Recueil des Traités 159

ANNEX 2

**PROTOCOL ON THE PROCEDURE AND TERMS FOR THE TRANSPORTATION OF GOODS AND PAS-
SENGERS BETWEEN THE KALININGRAD REGION AND OTHER REGIONS OF THE RUSSIAN
FEDERATION IN TRANSIT THROUGH THE TERRITORY OF THE REPUBLIC OF LITHUANIA**

With respect to article 9 of the Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Russian Federation concerning international road transport of 18 November 1993, the Contracting Parties

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties shall ensure the unhindered transportation of passengers and goods by Lithuanian road transport vehicles through the Kaliningrad region to and from the Republic of Lithuania and, similarly, the transportation of passengers and goods by Russian road transport vehicles in transit through the territory of the Republic of Lithuania to and from the Kaliningrad region.

Article 2

1. With regard to the transport operations envisaged in article 1 of this Protocol, the competent bodies of the Republic of Lithuania and the competent bodies of the Russian Federation shall send each other a stated number of special permits.

2. For each transportation of goods effected by a road transport goods vehicle, a separate permit must be issued entitling the bearer to make one outward and one return journey, unless otherwise stipulated on the permit.

3. The transportation of dangerous goods and outsize loads under the terms envisaged in article 1 of this Protocol shall be effected on the basis of the special permits provided for in article 8 of the Agreement.

This Protocol is an integral part of the Agreement.

DONE at Vilnius, on 18 November 1993, in duplicate, in the Lithuanian and Russian languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Republic of Lithuania:

JONAS BIRŽIŠKIS

For the Government
of the Russian Federation:

VITALII YEFIMOV

Dieser ANNEX 2 (Artikel 1) läßt keinen Zweifel aufkommen, daß die Sperrung der Transitwege nach Nord-Ostpreußen („Kaliningrad“) völkerrechtswidrig ist.

Rußland wäre gut beraten, den Rechtsweg zum Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen zu beschreiten, und außerdem auf die einseitigen Sanktionen der EU und der NATO-Staaten mit den allerschärfsten und wirksamsten wirtschaftlichen Sanktionen zu reagieren. —

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

22. Juni 2022 – No. 28222

NATO-AGGRESSION AGAINST RUSSIA

„Der Angreifer ist aber nicht der, der den ersten Schuß tut, sondern der, der den Plan faßt, seinen Nachbarn anzugreifen, und dies offen durch seine drohende Haltung kundgibt.“¹

1) **König Friedrich II. von Preußen, 1756**, zitiert aus „Die Werke Friedrichs des Großen in deutscher Übersetzung“, herausgegeben von Gustav Berthold Volz, 1913, Dritter Band, „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“, Erster Teil, Seite 166

Dieses friderizianische Rechtsverständnis läßt an Klarheit und Vernunft nichts zu wünschen übrig:

- Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) ging nicht von Preußen aus, sondern er wurde von Österreich-Ungarn verursacht,
- der Polenfeldzug (1939) war die deutsche Reaktion auf die permanente polnische Aggression gegen die Volksdeutschen in Polen; das Wort „Völkermord“ (englisch: genocide) war damals noch unbekannt und wurde erst 1943 erfunden,
- die militärische Spezialoperation Rußlands in der Ukraine (2022) ist die Antwort auf die provokatorischen NATO-Ausdehnungen seit 1990,
- und der Dritte Weltkrieg beginnt, weil NATO-Litauen den litauisch-russischen Vertrag vom 18. November 1993 bricht, und den russischen Transitverkehr auf den litauischen Straßen nach „Kaliningrad“ behindert, vgl.

Article I

The Contracting Parties shall ensure the unhindered transportation of passengers and goods by Lithuanian road transport vehicles through the Kaliningrad region to and from the Republic of Lithuania and, similarly, the transportation of passengers and goods by Russian road transport vehicles in transit through the territory of the Republic of Lithuania to and from the Kaliningrad region.

Und so ist die seit 1993 zwischen Litauen und Rußland vertraglich vereinbarte Rechtslage im Hinblick auf den Korridor, der aktuell von NATO-Litauen einseitig und völkerrechtswidrig zum Nachteil von Rußland gesperrt wurde:

No. 31342

**LITHUANIA
and
RUSSIAN FEDERATION**

**Agreement concerning international road transport (with
protocols). Signed at Vilnius on 18 November 1993**

1994 United Nations — Treaty Series • Nations Unies — Recueil des Traités 159

ANNEX 2

**PROTOCOL ON THE PROCEDURE AND TERMS FOR THE TRANSPORTATION OF GOODS AND PAS-
SENGERS BETWEEN THE KALININGRAD REGION AND OTHER REGIONS OF THE RUSSIAN
FEDERATION IN TRANSIT THROUGH THE TERRITORY OF THE REPUBLIC OF LITHUANIA**

With respect to article 9 of the Agreement between the Government of the Republic of Lithuania and the Government of the Russian Federation concerning international road transport of 18 November 1993, the Contracting Parties

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties shall ensure the unhindered transportation of passengers and goods by Lithuanian road transport vehicles through the Kaliningrad region to and from the Republic of Lithuania and, similarly, the transportation of passengers and goods by Russian road transport vehicles in transit through the territory of the Republic of Lithuania to and from the Kaliningrad region.

Article 2

1. With regard to the transport operations envisaged in article 1 of this Protocol, the competent bodies of the Republic of Lithuania and the competent bodies of the Russian Federation shall send each other a stated number of special permits.

2. For each transportation of goods effected by a road transport goods vehicle, a separate permit must be issued entitling the bearer to make one outward and one return journey, unless otherwise stipulated on the permit.

3. The transportation of dangerous goods and outsize loads under the terms envisaged in article 1 of this Protocol shall be effected on the basis of the special permits provided for in article 8 of the Agreement.

This Protocol is an integral part of the Agreement.

DONE at Vilnius, on 18 November 1993, in duplicate, in the Lithuanian and Russian languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Republic of Lithuania:

JONAS BIRŽIŠKIS

For the Government
of the Russian Federation:

VITALII YEFIMOV

Dieser ANNEX 2 (Artikel 1) läßt keinen Zweifel aufkommen, daß die Sperrung der Transitwege nach Nord-Ostpreußen („Kaliningrad“) völkerrechtswidrig ist.

Rußland wäre gut beraten, den Rechtsweg zum Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen zu beschreiten, und außerdem auf die einseitigen Sanktionen der EU und der NATO-Staaten mit den allerschärfsten und wirksamsten wirtschaftlichen Sanktionen zu reagieren. —

ANHANG**Nato-Ost-Erweiterung
doch ein gebrochenes Versprechen**

Wer sich ein wenig mit den Verhandlungen über die deutsche Einheit befasst hat, weiss, dass der künftige Umfang der Nato damals ein relevantes Thema war.

Die deutsche Wiedervereinigung war nämlich die erste Ost-Erweiterung der Nato. Und schon gegen diese Form der Expansion hatte die russische Seite massive Bedenken. *Michail Gorbatschow* etwa verlangte eigentlich ein blockfreies Deutschland. Am Ende einigte man sich in den «Zwei-plus-vier»-Verhandlungen auf einen Kompromiss: Deutschland blieb Nato-Mitglied, aber zumindest für eine gewisse Zeit sollten keine westlichen Soldaten in der ehemaligen DDR präsent sein.

Kein weiteres Vorrücken gegen Osten, war unter den westlichen Eliten damals breiter Konsens – unabhängig davon, ob eine solche Garantie klar ausgesprochen oder schriftlich fixiert wurde. Das belegt nun ein Vermerk aus dem britischen Nationalarchiv, das der amerikanische Politikwissenschaftler *Joshua Shiffrin* entdeckte. Es handelt von einem

Treffen der politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in Bonn am 6. März 1991.

Das Dokument belegt, dass Briten, Amerikaner, Deutsche und Franzosen darin übereinstimmten, dass eine Nato-Mitgliedschaft der Osteuropäer «inakzeptabel» sei. Der deutsche Vertreter *Jürgen Chrobog* erklärte dabei: «Wir haben in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.»

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Nato stark verändert: Es gibt eine neue Ausrichtung und viele neue Mitgliedsstaaten, von denen die meisten zuvor dem Warschauer Pakt angehörten. Russland sieht sich durch diese Veränderungen bedroht und behauptet, die Nato-Ost-Erweiterung würde Absprachen verletzen.

Werner Ritter, Schaffhausen

Leserbrief, Quelle/URL:
„Zeit-Fragen“ Nr. 6 vom 8. März 2022, Seite 3, <https://www.zeit-fragen.ch/>

Das Protokoll des im vorstehenden Leserbrief von Rechtsanwalt Werner Ritter erwähnten Treffens vom 6. März 1991 wurde von der *University of California, Los Angeles* (UCLA; deutsch: Universität von Kalifornien, Los Angeles) – *UCLA Social Sciences Computing* – im Internet für die interessierte Allgemeinheit veröffentlicht,

URL: <http://www.sscnet.ucla.edu/polisci/faculty/trachtenberg/cv/19910307.pdf>

* * *

Internationales Recht und Diplomatie
No. 28222 vom 22. Juni 2022 – Fridericus Rex
URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28222.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16
48143 MÜNSTER
Telefax (02 51) 3 99 71 62
Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
US-IdNr.: DE198574773

11. September 2022 – No. 28255

BLACKOUT und HYPER-INFLATION können noch abgewendet werden ...

- 1.) DEUTSCHLAND muß sofort seine Unterstützung der Ukraine beenden und sich in dem russisch-ukrainischen Konflikt neutral verhalten.
- 2.) DEUTSCHLAND muß sofort alle Sanktionen gegen Rußland beenden.
- 3.) DEUTSCHLAND muß als Wiedergutmachung unverzüglich Waffen, Munition und Hilfsgüter in gleicher Qualität und Quantität an Rußland liefern wie zuvor an die Ukraine.
- 4.) DEUTSCHLAND muß alle „Ukraine-Flüchtlinge“ unverzüglich internieren, ausweisen und abschieben.
- 5.) DEUTSCHLAND muß die deutsch-russische Gasleitung „Nord Stream 2“ für Lieferungen aus Rußland unverzüglich öffnen.

Wie geht das?

Zu 1.) Optimal und wünschenswert wäre eine völlige Neutralität Deutschlands, wie sie früher von der Schweiz, Österreich, Schweden und Finnland gepflegt wurde. Dazu gehört selbstverständlich der „harte“ (das heißt außerordentliche und fristlose) Austritt aus der EU, der NATO und der UNO, außerdem die „harte“ Beendigung anderer vertraglicher Verpflichtungen, welche die völlige Souveränität und Neutralität Deutschlands beschränken (zum Beispiel die idiotischen „Klima-Ziele“).

Zu 2.) Die deutschen und europa-unionistischen (EU) Sanktionen gegen Rußland und seine Bürger sind ganz offenkundig völkerrechtswidrig, das bedarf keiner Diskussion.

Zu 3.) Wer ein kriegführendes Land unterstützt, wird selber Partei dieses Krieges und ein legitimes Angriffsziel für Feinde. Deutschland kann von Glück sagen, daß Rußland seine „besondere militärische Operation“ in der Ukraine nicht als Krieg versteht, und auch von Dritten nicht als Krieg verstanden wissen will. Anders verhält es sich mit der ukrainischen Seite und deren Unterstützern in der Europäischen Union und in der besonders völkerrechtsverbrecherischen NATO, deren Mitglieder völlig hemmungslos Kriegswaffen und Munition, andere Kriegsgüter, logistische, militärische und politische Unterstützung aller Art an den Fernseh-Komiker in Kiew liefern und so sich selber zu Feinden Rußlands gemacht haben. Es ist deshalb nur gerecht und billig, wenn Deutschland als Wiedergutmachung unverzüglich Waffen, Munition und Hilfsgüter in gleicher Qualität und Quantität an Rußland liefert wie zuvor an die Ukraine.

Zu 4.) Wer aus der Ukraine „geflohen“ ist, und gegenwärtig in Deutschland auf Kosten der Steuerzahler lebt (geschätzt sind das mindestens 400.000 Ukrainer), muß sich einige Fragen gefallen lassen: Warum kämpft er oder sie nicht mit der Waffe in der Hand oder ersatzweise an der Heimatfront gegen den Feind, vor dem er oder sie feige geflohen ist? — Die Ukraine ist ein riesiges Land, und zwar das größte (!) Flächenland auf dem europäischen Kontinent. Das heißt vor allem, daß es dort auch Binnenflucht-Möglichkeiten gibt, weil in riesigen Gebieten der Ukraine der russisch-ukrainische Konflikt (RUK) überhaupt nicht ausgetragen wird, und auch nicht ausgetragen werden soll. Auf gut deutsch: In riesigen Teilen der Ukraine herrscht tiefer Frieden! Hinzu kommt, daß Deutschland auf dem Landweg für „Flüchtlinge“ nur über sichere Drittstaaten erreichbar ist. Wer aber über ein Nachbarland der Ukraine nach Deutschland eingereist ist, kann kein „Flüchtling“ sein, weil er aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland gekommen ist. Auch wer auf dem „Touristen-Ticket“ (mit oder ohne Visum) nach Deutschland geritten kam, ist leicht als illegaler Einwanderer zu identifizieren, wenn er sich nicht schon vor dem 24. Februar 2022 (Beginn des RUK) in Deutschland aufgehalten hat. Es dürfte deshalb auch im Sinne des Fernseh-Komikers in Kiew sein, seine unsicheren Kantonisten aus Deutschland entweder nach Kiew abzuschieben oder sie – auf Rechnung der Ukraine für Kost und Logis – in Deutschland zu internieren.

Zu 5.) Deutschland braucht natürlich nicht nur russisches Erdgas, sondern alle Rohstoffe, die vor dem Beginn des RUK vertraglich aus Rußland nach Deutschland geliefert wurden. Im Gegenzug ist Rußland ein wichtiger Abnehmer für deutsche Handelsgüter, und im Gegensatz zu dem Fernseh-Komiker in Kiew bezahlen die Russen auch, was ihnen aus Deutschland geliefert wird. Fraglos hat mittlerweile auch der allerdümmste Deutsche erkannt, daß die Politik des Scholz-Regimes mit seinen zwei Spezialisten für Kinderbücher (Bundes-Wirtschaftsminister Habeck) und für „Völkerball“ (Bundesministerin Baerball) gescheitert ist: Die Preise für Benzin, Brot, Lebensmittel aller Art, Gas, Strom (usw.) sind explodiert und steigen munter weiter! — Aus der Inflation wird die Hyper-Inflation genau wie 1923, als Friedrich Ebert (SPD) Reichspräsident und Gustav Stresemann (DVP) Reichskanzler waren. Auch der Euro wird, gemessen an seiner Kaufkraft, immer wertloser! Bald werden die ersten Euro-Scheine mit roten Aufdrucken „Tausend“, „Hunderttausend“, „Millionen“, „Milliarden“ und „Billionen“ versehen, aber die Regale der Supermärkte werden leer sein, weil kein vernünftiger Händler seine Waren gegen wertloses Inflationsgeld verkauft. Erst wenn dann eine Währungsreform wie 1923 den Umtausch von „1 Billion Euro“ zu 1 Rentenmark* ermöglicht, wird es in Deutschland auch wieder aufwärts gehen! —

* Die Rentenmark war „kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern eine Inhaberschuldverschreibung der Rentenbank“. Der Wechselkurs zur Papiermark wurde mit 1:1 Billion festgesetzt, und zwar genau am 20. November 1923 per Festlegung durch die Reichsbank, als der Devisenkurs 4,2 Billionen Papiermark = 1 US-Dollar war, was der Vorkriegs-Goldmarkparität zum Golddollar entsprach. Da die Rentenmark kein gesetzliches Zahlungsmittel war, bestand kein rechtlicher Zwang, sie als Zahlungsmittel anzunehmen (wohl aber mußten alle öffentlichen Kassen sie annehmen). Trotzdem wurde sie von der Bevölkerung sofort akzeptiert. Die Inflation stoppte deshalb schlagartig, und man sprach vom „Wunder der Rentenmark“.

ANHANG

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28205.pdf>

1

Multinationales Friedens-Abkommen zwischen Rußland, seinen westlichen Nachbarn und den NATO-Staaten

Von René Schneider, Münster-Westf.

- 1.) Die Ukraine wird entlang der natürlichen Grenze am Dnjepr-Fluß geteilt:
 - a.) Das am rechten oder westlichen Flußufer gelegene Gebiet bildet den souveränen Staat NOVA-UKRAINA.
 - b.) Das am linken oder östlichen Flußufer gelegene Gebiet wird als NOVA-RUSSIA in die Russische Föderation – Rußland – aufgenommen.
 - c.) Der Dnjepr-Fluß und alle von ihm gespeisten Stauseen zwischen Weißrußland und dem Schwarzen Meer gehören weder zu NOVA-UKRAINA noch zu NOVA-RUSSIA, das Gewässer bildet vielmehr eine neutrale und internationale Dnjepr-Wasserfläche, die unter der Kontrolle einer internationalen Dnjepr-Gewässer- & Schifffahrt-Verwaltung („International-Dnieper-Waters-And-Navigation-Administration“ – ID.W.A.N.A. – IDWANA) steht, die aus einem Vertreter von Nova-Ukraine, einen Vertreter von Rußland und von jeweils einem Vertreter einer Schutzmacht besteht, die einerseits von Nova-Ukraine und andererseits von Rußland kooptiert werden. Das gesamte Personal der IDWANA, von der Spitze bis hinunter zum Zoll und der Wasserschutzpolizei arbeitet nur in Gruppen mit dieser Besetzung.
- 2.) Die NATO wird vollständig und restlos aufgelöst, damit von ihr nie wieder eine Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens ausgehen kann.
- 3.) Den westlichen Nachbarländern Rußlands (namentlich ¹Norwegen, ²Finnland, ³Estland, ⁴Lettland, ⁵Litauen*, ⁶Polen*, ⁷Deutschland*/Ostpreußen, ⁸Weißrußland und ⁹NOVA-UKRAINA) wird erlaubt, untereinander ein neues Verteidigungsbündnis zu schließen, solange sie keinem anderen Militärbündnis angehören, nicht mehr als vier der neun Nachbarn sich untereinander verbünden, und auch das neue Nachbarmündnis keinem anderen Militärbündnis angehört.
- 4.) Der russischen Bevölkerung von NOVA-UKRAINA und der ukrainischen Bevölkerung von NOVA-RUSSIA wird (a.) dringend empfohlen, gegebenenfalls von dem einen Gebiet in das andere Gebiet umzuziehen, wobei ihnen finanzielle Ausreise- und Einreise-Anreize gewährt werden können, (b.) garantiert, daß ethnische Vertreibungen oder staatliche Zwangsumsiedlungen nicht stattfinden werden.
- 5.) Nach der Unterzeichnung dieses Abkommens, der Auflösung der NATO und der ukrainischen Verfassungsänderung wegen des neuen Staatsgebietes tritt ein Waffenstillstand zwischen Rußland und Nova-Ukraine sofort in Kraft, außerdem werden unverzüglich die Kriegsgefangenen ausgetauscht, die Verwaltungen in den Gebieten westlich und östlich des Dnjepr den Verhältnissen nach diesem Abkommen und der Verfassungsänderung angepaßt, und die IDWANA gegründet.

Stand: 23. Mai 2022 – No. 28205b

Volltext,

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28205.pdf>

Internationales Recht und Diplomatie
No. 28255 vom 11. September 2022 – Blackout und Hyper-Inflation
 URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28255.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO

USt-IdNr.: DE198574773

17. September 2022 – No. 28263

Die Morde von Katyn und Isjum

Beim Massaker von Katyn erschossen Angehörige des sowjetischen Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) vom 3. April bis 11. Mai 1940 etwa 4400 gefangene Polen, in einem Wald bei Katyn, einem Dorf 20 Kilometer westlich von Smolensk.

Diese Tat gehörte zu einer ganzen Reihe von Massenmorden, die im Frühjahr 1940 an mindestens fünf verschiedenen Orten in den Unionsrepubliken Russland, Ukraine und Weißrussland an 25.000 Offizieren, Polizisten und Zivilisten verübt wurden. Der Ortsname „Katyn“ repräsentiert in Polen diese Mordreihe und wurde zum nationalen Symbol für das Leiden Polens unter sowjetischer Herrschaft im Zweiten Weltkrieg. Erstmals außerhalb des sowjetischen Regimes bekannt wurden die Morde nach dem Fund eines der Massengräber bei Katyn im Sommer 1942 durch polnische Zwangsarbeiter im damals deutschen „Reichskommissariat Ostland“, und die deutsche Regierung gab die Funde ab 11. April 1943 der internationalen Öffentlichkeit bekannt. Die Sowjetunion leugnete ihre Verantwortung und versuchte, das Verbrechen der Wehrmacht anzulasten. An dieser Geschichtsfälschung hielt sie bis 1990 fest, aber schon in den 1950er-Jahren stellten polnische Publizisten und ein vom US-Kongress eingesetzter Ausschuss die NKWD-Täterschaft fest. Nach neuen Dokumentfunden dazu räumte der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow am 13. April 1990 die Verantwortung der Sowjetunion für diese Massenmorde ein und entschuldigte sich später beim polnischen Volk. Die Ministerpräsidenten Rußlands und Polens, Wladimir Putin und Donald Tusk, gedachten 2010 in Katyn erstmals gemeinsam der Opfer des Verbrechens.

René Schneider: „1943 zeigte der sowjetische Diktator Stalin mit dem Zeigefinger auf die Wehrmacht und schrie ‚Haltet den Dieb!‘, wohlwissend wer die wirklichen Mörder waren. — Heute erinnert mich der Fernseh-Komiker in Kiew an die Lügen und Geschichtsfälschungen der Sowjets zum Nachteil der Wehrmacht, die am Massaker von Katyn unbeteiligt war. — Damit will ich natürlich nicht sagen, daß die russischen Truppen heute in Isjum so unschuldig sein müssen wie 1943 die Deutschen in Katyn, aber ich weiß, daß im Krieg die Wahrheit immer zuerst stirbt, 1943 in Katyn und heute *möglicherweise* in Kiew oder in Isjum.“

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

RENÉ SCHNEIDER**BREUL 16****48143 MÜNSTER**

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO

USt-IdNr.: DE198574773

22. September 2022 – No. 28268

„When the Wind Blows“ — „Wenn der Wind weht“ —

Raymond Redvers Briggs (Jahrgang 1934) ist ein britischer Illustrator und Autor. Mehrere seiner in kindlichem Stil gezeichneten, oft satirischen Werke wurden verfilmt. Er veröffentlichte zahlreiche Kinderbücher, aber auch *Graphic Novels* für Erwachsene wie „*When the Wind Blows*“ (1982) über die Folgen einer nuklearen Katastrophe.

Die *Graphic Novel* „*When the Wind Blows*“ wurde 1986 verfilmt. erinnert sich noch jemand an das Buch oder an den Film? Jemand, den ich sehr schätze, hat sich wohl daran erinnert, und diese Erinnerung am Ende seiner Fernseh-Ansprache vom 21. September 2022 an das russische Volk wachgerufen, und ich meine natürlich den russischen Präsidenten Putin. In der englischen Übersetzung hat die wichtigste Stelle der Rede von Präsident Putin folgenden Wortlaut: *“The citizens of Russia can rest assured that the territorial integrity of our Motherland, our independence and freedom will be defended – I repeat – by all the systems available to us.*

Those who are using nuclear blackmail against us should know that the wind rose can turn around.

It is our historical tradition and the destiny of our nation to stop those who are keen on global domination and threaten to split up and enslave our Motherland. Rest assured that we will do it this time as well.” — In der deutschen Übersetzung des Videos heißt dieser Kern- oder Schlüssel-Satz: **„Diejenigen, die uns mit Atomwaffen erpressen wollen, sollten wissen, der Wind kann auch in ihre Richtung wehen.“**

Erinnert sich noch jemand an den 26. April 1986, als das ukrainische Kernkraftwerk Tschernobyl nahe der ukrainischen Stadt Prypjat explodierte? Auch damals wehte der Wind und verteilte die Strahlung solange in Richtung Westen, sogar nach Deutschland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und England, bis der Regen den radioaktiven „fall out“ in einen „wash out“ verwandelte: Seitdem sind die strahlenden Stoffe nicht mehr in der Luft, sondern im Boden und in den Pflanzen, die darauf wachsen, und zwar heute noch immer!



Präsident Putin ist ein fairer Gegner, die russische Operation in der Ukraine war eher zurückhaltend und schonend als aggressiv und brutal, aber Ritterlichkeit wird von denen, die sie nicht zu schätzen wissen, oder sie nicht verstehen können, weil sie selber nicht ritterlich sind, oft als Schwäche ausgelegt, was fatale Folgen haben kann!

Seit dem Mittelalter ist es üblich, dem Gegner die Waffen zu zeigen und ihren Gebrauch zu erklären. Dieses Vorzeigen der russischen Waffen ist gestern erfolgt, und nur eine Versammlung von Dummköpfen, pathologischen Idioten oder notorischen Staatsverbrechern kann die offenen und ehrlichen Worte von Präsident Putin entweder mißverstanden haben, oder sie mit böser Absicht mißverstehen wollen! Deshalb erkläre ich den Kernsatz – mit dem Wortbestandteil „Kern“ – wie in „Kern-Energie“ oder „Kern-Kraft“ oder „Kern-Waffen“ – jetzt auch noch einmal für den Allerdümsten, der im Deutschen Bundestag entweder in der allerletzten Reihe oder ganz vorne auf der Regierungsbank sitzt: Wer Rußland mit Atomwaffen angreift, riskiert nicht nur den atomaren Gegenschlag, sondern wird selbst im „Erfolgsfalle“ von Mutter Natur **„wenn der Wind weht“** für seine böse Handlung belohnt!

Nach der staatsverbrecherischen „Zeitenwende“ von Olaf Scholz muß jetzt eine heilende „Politik-Wende“ den angerichteten Schaden begrenzen!

Statt die Ukraine militärisch und politisch zu unterstützen, muß Deutschland sich im russisch-ukrainischen Konflikt neutral (!) verhalten, und statt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen Rußland zu hetzen, sollte die deutsche Regierung sich international um Mäßigung und für eine vertragliche Beilegung des Konfliktes einsetzen!

Aber was geschieht statt dessen? George Orwells Vision von „1984“ wurde wahr: *„Der Krieg, der dem Frieden dient“*, wird von dem Beton-Kommunisten Olaf Scholz und seinen Befehlsgewählern in den USA, in der NATO, in der EU und in Davos geführt, um das Recht und die Freiheit der europäischen Nationalstaaten abzuschaffen, und eine Diktatur der Brüsseler EU-Kommissare zu errichten! – Das ist die Morgendämmerung des Dritten Weltkrieges! —

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

24. September 2022 – No. 28270

„Wenn der Wind weht“, oder: Wenn die Windrichtung „sich dreht“ ...

Liebe Landsleute, meine deutschen Volksgenossen!

Die Feinde des Friedens, das sind die Staatsverbrecher in den EU- und NATO-Ländern, verteuflern seit vielen Monaten die Freunde des Friedens, nämlich den russischen Präsidenten Putin, seine russischen Landsleute und jeden Kritiker einer bedingungslosen Unterstützung der Ukraine, weil ein gewisser Fernseh-Komiker in Kiew, also der Vertreter des korruptesten Regimes, das es überhaupt gibt, die deutschen und europäischen Dummköpfe und Weicheier täglich einullt, und diese Vollidioten hypnotisiert wie die Schlange das Kaninchen.

Die neueste Lüge der „westlichen Wertegemeinschaft“, in der die Politiker von rechts bis links und ihre Komplizen in den Staats-Medien ausnahmslos behaupten, Herr Putin hätte mit seinen Atomwaffen „gedroht“, läßt sich ganz leicht entlarven, wenn man nicht der einen oder anderen Übersetzung seiner Rede vom 21.09.2022 glaubt, sondern den Wortlaut im Original liest und selber übersetzt; oberster Absatz, letzter Satz, besonders der letzte Halbsatz:

Граждане России могут быть уверены: территориальная целостность нашей Родины, наша независимость и свобода будут обеспечены, подчеркну это ещё раз, всеми имеющимися у нас средствами. А те, кто пытается шантажировать нас ядерным оружием, должны знать, что роза ветров может развернуться и в их сторону.

В нашей исторической традиции, в судьбе нашего народа – останавливать тех, кто рвётся к мировому господству, кто грозит расчленением и порабощением нашей Родины, нашему Отечеству. Мы и сейчас это сделаем, так и будет.

Верю в вашу поддержку.

Erinnert sich noch jemand an den 26. April 1986, als das ukrainische Kernkraftwerk Tschernobyl nahe der ukrainischen Stadt Prypjat explodierte?

Auch damals wehte der Wind und verteilte die Strahlung solange in Richtung Westen, sogar nach Deutschland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und England, bis der erste Regen den radioaktiven „fall out“ in einen „wash out“ verwandelte: Seitdem sind die strahlenden Stoffe nicht mehr in der Luft, sondern im Boden und in den Pflanzen, die darauf wachsen, und zwar heute noch immer!

Wenn Herr Putin vom Wind, der weht, und von der *„Windrichtung, die sich drehen kann“*, sprach, dann war das keine „Drohung“ mit Rußlands Atomwaffen, sondern eine „Warnung“, daß ein feindlicher Atomschlag gegen Rußland auch nach hinten losgehen kann, *„wenn der Wind weht“ oder „wenn der Wind sich dreht“!*

Benutzte Herr Putin eine Metapher*) oder beschrieb er eine natürliche und unpolitische Erscheinung, nämlich das Wetter?

Hier ist Intelligenz hilfreich, und daran mangelt es dem deutschen Dummkopf, der auf die im Bundestag vertretenen Parteien und ihre Sprachrohre in ARD, ZDF und „Deutschlandfunk“ hört, und auf ihre Propaganda-Lügen, für die er unverschämterweise auch noch zur Kasse gebeten wird, hereinfällt.

*) Für die verlogenen Vollidioten in den GEZ-Sendern und für die Anhänger dieser Sektierer, die den GEZ-Sendern „Glauben schenken“: Eine Metapher ist ein sprachlicher Ausdruck, bei dem ein Wort aus seinem eigentlichen Bedeutungszusammenhang in einen anderen übertragen wird.

*

Nach der staatsverbrecherischen „Zeitenwende“ von Olaf Scholz muß jetzt eine „Politik-Wende“ den angerichteten Schaden begrenzen!

Statt die Ukraine militärisch und politisch zu unterstützen, muß Deutschland sich im russisch-ukrainischen Konflikt neutral (sic!) verhalten, und statt vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegen Rußland zu hetzen, sollte die deutsche Regierung sich international um Mäßigung und für eine vertragliche Beilegung des Konfliktes einsetzen!

Aber was geschieht statt dessen?

George Orwells Vision von „1984“ wurde wahr: *„Der Krieg, der dem Frieden dient“*, wird von dem Beton-Kommunisten Olaf Scholz und seinen Befehlsgebern in den USA, in der NATO, in der EU und in Davos geführt, um das Recht und die Freiheit der europäischen Nationalstaaten abzuschaffen, und eine Diktatur der Brüsseler EU-Kommissare zu errichten.

Wir erleben gerade die Morgendämmerung des Dritten Weltkrieges!

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

24. September 2022 – No. 28272

„Die Volksabstimmungen in den ukrainischen Gebieten Cherson, Donezk, Luhansk und Saporischschja sind völlig legale Mittel, das Selbstbestimmungsrecht der Völker in diesen Gebieten zu verwirklichen!“

Die ukrainische Regierung weiß natürlich, das die Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten sich mehrheitlich zu Rußland bekennen wird, und nur diese Gewißheit macht den Fernseh-Komiker in Kiew und seine Freunde so nervös.

Ich habe jedenfalls schon eine Flasche russischen Krimsekt kaltgestellt und freue mich auf die Ergebnisse!



Volksabstimmungen über Gebietsveränderungen sind nicht ungewöhnlich, auch in Artikel 29 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind sie vorgesehen:

(1) Das Bundesgebiet kann neu gegliedert werden, um zu gewährleisten, daß die Länder nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können. Dabei sind die landsmannschaftliche Verbundenheit, die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit sowie die Erfordernisse der Raumordnung und der Landesplanung zu berücksichtigen.

Wer sich daran erinnert, wie die Albaner in der serbischen „Provinz Kosovo und Metochien“ sich von Jugoslawien lossagten und die serbische Provinz zu ihrem eigenen „Staat Kosovo“ erklärten, wird dieses Recht den Russen in der Ukraine nicht verwehren können.

Und wer eine anständige Schulbildung genossen hat, kennt sogar die Volksabstimmungen, die nach dem Vertrag von Versailles (1919) stattfanden: in Schleswig, in Oberschlesien, in Ost- und Westpreußen, sowie im Saargebiet. Ganz ohne Abstimmungen wurde Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg großer Gebiete in Westpreußen und Posen beraubt, ohne Abstimmung wurden die Stadt Danzig ein „Freistaat“, Eupen und Malmedy belgisch, Elsaß-Lothringen französisch. Aber im Geschichtsunterricht haben Olaf Scholz und seine Freunde in Berlin und Kiew wahrscheinlich tief und fest geschlafen!

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de - Breul 16 - 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

27. September 2022 – No. 28276

Sabotage!

Wem nützt sie?



Deutschland braucht dringend russisches Gas! – Jeder vernünftige Mensch weiß das! —

Geleugnet wird die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Rußlands Gas und Rußlands Erdöl nur von den Regierungs-Kriminellen mit roter und grüner Schein-Moral, denen das Schicksal des deutschen Volkes völlig gleichgültig ist, die das deutsche Volk gerne hungern und frieren (!) sehen, und die unserem Volk lieber heute als morgen den Todesstoß versetzen wollen, alles unter dem Deckmäntelchen ihrer „Freundschaft“ zur UKRAINE, die angeblich nicht ihr eigenes korruptes Regime verteidigt, sondern das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes! Wer dieser rot-grünen und medialen Regierungs-Propaganda Glauben schenkt, ist garantiert geisteskrank oder geistesschwach, und wer diese Propaganda erfunden hat, und sie verbreitet, ist schlicht kriminell, hochgradig kriminell. Seit gestern gibt es ein Leck in den – sowieso ungenutzten – Erdgasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2, obwohl jeder vernünftige Mensch weiß, daß diese Leitungen für die deutsche Wirtschaft von vitalem (lebenswichtigen) Interesse sind, daß Deutschland die UKRAINE und den Fernseh-Komiker in Kiew fallen lassen muß, um von Rußland so schnell wie möglich wieder mit billigem Gas und Öl beliefert zu werden, um die Not von Volk und Vaterland abzuwenden!

Und dann kommt ein Saboteur und sabotiert die einzige Hoffnung auf die Rückkehr zur Normalität? Ja, aber die Frage lautet: „**Wem dient die Sabotage?**“ Wer profitiert von der Unmöglichkeit zur Rückkehr in die gute alte Zeit vor der „Zeitenwende“? — **Cui bono?**“

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61
von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

29. September 2022 – No. 28277

Sabotage!

Wem nützt sie?

Terror! – Wer profitiert davon?



Wenn die „Nord Stream“ Pipelines im Wald von Katyn¹ wären, dann hätte der Täter wahrscheinlich die Deutsche Wehrmacht beschuldigt, aber die gibt es nicht mehr, und die Ostsee ist ein Spielplatz für viele Streitkräfte dieser Welt.

René Schneider: „1943 zeigte der sowjetische Diktator Stalin mit dem Zeigefinger auf die Wehrmacht und schrie ‚Haltet den Dieb!‘, wohlwissend wer die wirklichen Mörder waren. — Heute erinnert mich der Fernseh-Komiker in Kiew an die Lügen und Geschichtsfälschungen der Sowjets zum Nachteil der Wehrmacht, die am Massaker von Katyn unbeteiligt war. — Damit will ich nicht sagen, daß die russische Marine die Pipelines angriff, sondern mein Verdacht richtet sich gegen die „Politiker“, die schon Anfang Februar 2022 damit drohten², die deutsch-russischen Gasleitungen zu zerstören, außerdem richtet sich mein Verdacht gegen die deutschen und europa-unionistischen Profiteure der Sabotage und des Terrors!“

1) Vgl. <http://www.Schneider-Institute.de/28263.pdf>

2) Vgl. <https://weltwoche.ch/daily/nicht-nur-joe-biden-wollte-nordstream-2-ein-ende-setzen-mehrere-us-vertreter-waehlten-klare-worte-falls-russland-in-die-ukraine-einfalle/>

Und dann kommt ein Saboteur und sabotiert die einzige Hoffnung auf die Rückkehr zur Normalität? Ja, aber die Frage lautet: „**Wem dient die Sabotage?**“ Wer profitiert von der Unmöglichkeit zur Rückkehr in die gute alte Zeit vor der „Zeitenwende“? — **Cui bono?**“

* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

30. September 2022 – No. 28281

***„Die ukrainischen Russen sind heute
heimgekehrt in die Russische Föderation,
und sie haben ihr russisches Land aus der
Ukraine – Donezk, Saporischschja, Cherson
und Luhansk – mitgenommen nach Hause;
zu diesem glücklichen Ereignis darf ich allen
Russen bestens gratulieren!“ —***

Ich habe eine Flasche russischen Krimsekt kaltgestellt und
werde diese heute auf das Wohl Rußlands leeren!

Gez. René Schneider, 30. September 2022



* * *

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

**RENÉ SCHNEIDER
BREUL 16**

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

1. Oktober 2022 – No. 28283

Meine lieben Landsleute, deutsche Volksgenossen,

gestern hielt der russische Präsident Wladimir Putin eine Rede, die als Antwort auf die völkerrechts-verbrecherische „Zeitenwende“ von Olaf Scholz verstanden werden muß: Olaf Scholz und seine Genossen in der „Europäischen Union“ (EU) haben Deutschland und das alte Europa an die USA und an die NATO „verraten und verkauft“! —

Wir stehen heute vor dem dritten Weltkrieg, und es wird ein ATOM-KRIEG sein! — Und das alles, weil eine gewissenlose deutsche Regierung einem Fernseh-Komiker in Kiew „in den Arsch gekrochen ist“! —



Es folgt eine Abschrift (Übersetzung) der Rede von Präsident Putin, zitiert nach der australischen Internet-Seite „Miragenews.com“, **Hervorhebungen nicht im Original:**

1 Oct 2022 9:12 am AEST Date Time

Russian President Vladimir Putin on Friday presided over a ceremony at the Kremlin to annex four Ukrainian regions partly occupied by his forces. Below is the full text transcript of his speech:

Dear citizens of Russia, citizens of the Donetsk and Lugansk People's Republics, residents of the Zaporozhye and Kherson regions, deputies of the State Duma, and senators of the Russian Federation!

As you know, referendums took place in the Donetsk and Lugansk People's Republics, Zaporozhye and Kherson regions. Their results have been summed up, the results are known. People made their choice, a clear choice.

Today we are signing agreements on the admission of the Donetsk People's Republic, the Luhansk People's Republic, the Zaporizhia Region and the Kherson Region to Russia. I am sure that the Federal Assembly will support the constitutional laws on the adoption and formation in Russia of four new regions, four new subjects of the Russian Federation, because this is the will of millions of people.

(Applause)

And this, of course, is their right, their inalienable right, which is enshrined in the first article of the UN Charter, which directly speaks of the principle of equal rights and self-determination of peoples.

I repeat: this is an inalienable right of people, it is based on historical unity, in the name of which the generations of our ancestors won, those who from the origins of Ancient Russia for centuries created and defended Russia. Here, in Novorossia, Rumyantsev, Suvorov and Ushakov fought, Catherine II and Potemkin founded new cities. Here our grandfathers and great-grandfathers stood to death during the Great Patriotic War.

We will always remember the heroes of the "Russian spring", those who did not come to terms with the **neo-Nazi coup d'état in Ukraine in 2014**, all those who died for the right to speak their native language, preserve their culture, traditions, faith, for the right to live. These are the warriors of Donbass, the martyrs of the "Odessa Khatyn", the victims of inhuman terrorist attacks staged by the Kyiv regime. These are volunteers and militias, these are civilians, children, women, old people, Russians, Ukrainians, people of various nationalities. This is the real people's leader of Donetsk Alexander Zakharchenko, these are military commanders Arsen Pavlov and Vladimir Zhoga, Olga Kochura and Alexei Mozgovoy, this is the prosecutor of the Luhansk Republic Sergey Gorenko. This is paratrooper Nurmagomed Gadzhimagomedov and all our soldiers and officers who died the death of the brave during a special military operation. They are heroes. (Applause)

Heroes of Great Russia. And I ask you to honor their memory with a moment of silence.

(Moment of silence.)

Thank you.

Behind the choice of millions of residents in the Donetsk and Lugansk People's Republics, in the Zaporozhye and Kherson regions is our common destiny and a thousand-year history. This spiritual connection people passed on to their children and grandchildren. Despite all the trials, they carried through the years love for Russia. And no one can destroy this feeling in us. That is why both the older generations and the youth, those who were born after the tragedy of the collapse of the Soviet Union, voted for our unity, for our common future.

In 1991, in Belovezhskaya Pushcha, without asking the will of ordinary citizens, representatives of the then party elites decided to collapse the USSR, and people suddenly found themselves cut off from their homeland. This tore apart, dismembered our people's community, turned into a national catastrophe. As once after the revolution the borders of the union republics were cut behind the scenes, so the last leaders of the Soviet Union, contrary to the direct expression of the will of the majority of people in the 1991 referendum, ruined our great country, simply confronted the peoples with a fact.

I admit that they did not even fully understand what they were doing and what consequences this would inevitably lead to in the end. But that doesn't matter anymore. There is no Soviet Union, the past cannot be returned. Yes, and Russia today does not need it anymore, we are not striving for this. But there is nothing stronger than the determination of millions of people who, by their culture, faith, traditions, language, consider themselves part of Russia, whose ancestors lived in a single state for centuries. There is nothing stronger than the determination of these people to return to their true, historical Fatherland.

For a long eight years, people in the Donbass were subjected to genocide, shelling and blockade, and in Kherson and Zaporozhye they tried to criminally cultivate hatred for Russia, for everything Russian. Now, already during the referendums, the Kyiv regime threatened with violence, death to school teachers, women who worked in election commissions, intimidated millions of people who came to express their will with repressions. But the unbroken people of Donbass, Zaporozhye and Kherson had their say.

I want the Kyiv authorities and their real masters in the West to hear me, so that everyone remembers this: people living in Lugansk and Donetsk, Kherson and Zaporozhye become our citizens forever. (Applause)

We call on the Kyiv regime to immediately cease fire, all hostilities, the war that it unleashed back in 2014, and return to the negotiating table. We are ready for this, it has been said more than once. But we will not discuss the choice of the people in Donetsk, Luhansk, Zaporozhye and Kherson, it has been made, Russia will not betray it. (Applause)

And today's Kiev authorities should treat this free will of the people with respect, and nothing else. This is the only way to peace.

We will protect our land with all the forces and means at our disposal and will do everything to ensure the safe life of our people. This is the great liberation mission of our people.

We will definitely rebuild destroyed cities and towns, housing, schools, hospitals, theaters and museums, restore and develop industrial enterprises, factories, infrastructure, social security, pensions, healthcare and education systems.

Of course, we will work to improve the security level. Together we will make sure that citizens in the new regions feel the support of the entire people of Russia, the entire country, all the republics, all territories and regions of our vast Motherland. (Applause)

Dear friends, colleagues!

Today I want to address the soldiers and officers who are participating in a special military operation, the soldiers of Donbass and Novorossia, those who, after the decree on partial mobilization, join the ranks of the Armed Forces, fulfilling their patriotic duty, who, at the call of their hearts, come to the military registration and enlistment offices. I would like to turn to their parents, wives, and children, to tell them what our people are fighting for, what enemy is opposing us, who is throwing the world into new wars and crises, deriving their bloody profit from this tragedy.

Our compatriots, our brothers and sisters in Ukraine – the native part of our united people – saw with their own eyes what the ruling circles of the so-called West are preparing for all mankind. Here they, in fact, just threw off their masks, showed their true insides.

After the collapse of the Soviet Union, the West decided that the world, all of us, would forever have to put up with its dictates. Then, in 1991, the West expected that Russia would not recover from such shocks and would fall apart on its own. Yes, it almost happened – we remember the 90s, the terrible 90s, hungry, cold and hopeless. But Russia resisted, revived, strengthened, again took its rightful place in the world.

At the same time, the West has been looking all this time and continues to look for a new chance to hit us, weaken and destroy Russia, which they have always dreamed of, split our state, pit peoples against each other, doom them to poverty and extinction. They are simply haunted by the fact that there is such a great, huge country in the world with its territory, natural wealth, resources, with a people who do not know how and will never live according to someone else's orders.

The West is ready to step over everything in order to preserve the neo-colonial system that allows it to parasitize, in fact, to plunder the world at the expense of the power of the dollar and technological dictates, to collect real tribute from humanity, to extract the main source of unearned prosperity, the rent of the hegemon. The maintenance of this rent is their key, genuine and absolutely self-serving motive. That is why total desovereignization is in their interests. Hence their aggression towards independent states, towards traditional values and original cultures, attempts to undermine international and integration processes beyond their control, new world currencies and centers of technological development. It is critical for them that all countries surrender their sovereignty to the United States.

The ruling elites of some states voluntarily agree to do this, voluntarily agree to become vassals; others are bribed, intimidated. And if it doesn't work out, they destroy entire states, leaving behind humanitarian catastrophes, disasters, ruins, millions of ruined, mangled human destinies, terrorist enclaves, social disaster zones, protectorates, colonies and semi-colonies. They don't care as long as they get their own benefit.

I want to emphasize once again: it is precisely in greed, in the intention to maintain its unlimited power, that there are the real reasons for the hybrid war that the "collective West" is waging against Russia. They do not wish us freedom, but they want to see us as a colony. They do not want equal cooperation, but robbery. They want to see us not as a free society, but as a crowd of soulless slaves.

For them, a direct threat is our thought and philosophy, and therefore they encroach on our philosophers. Our culture and art are a danger to them, so they are trying to ban them. Our development and prosperity is also a threat to them – competition is growing. They don't need Russia at all, we need it. (Applause)

I want to remind you that the claims to world domination in the past have been shattered more than once by the courage and steadfastness of our people. Russia will always be Russia. We will continue to defend both our values and our Motherland.

The West is counting on impunity, on getting away with everything. In fact, everything has gotten away with it so far. Agreements in the field of strategic security go to the wastebasket; agreements reached at the highest political level are declared false; firm **promises not to expand NATO to the east**, as soon as our former leaders bought into them, turned into a dirty deceit; treaties on anti-missile defense and intermediate- and shorter-range missiles have been unilaterally broken under far-fetched pretexts.

All we hear from all sides is that the West stands for order based on rules. Where did they come from? Who even saw these rules? Who agreed? Listen, this is just some kind of nonsense, sheer deception, double or already triple standards! It's just designed for fools.

Russia is a great millennial power, a country-civilization, and will not live by such rigged, false rules. (Applause)

It is the so-called West that has trampled on the principle of the inviolability of borders, and now, at its own discretion, decides who has the right to self-determination and who does not, who is not worthy of it. Why they decide so, who gave them such a right is not clear. To themselves.

That is why the choice of people in the Crimea, in Sevastopol, in Donetsk, Lugansk, Zaporozhye and Kherson causes wild anger in them. This West has no moral right to evaluate it, even to stutter about the freedom of democracy. No, and never was!

Western elites deny not only national sovereignty and international law. Their hegemony has a pronounced character of totalitarianism, despotism and apartheid. They brazenly divide the world into their vassals, into the so-called civilized countries and into all the rest, who, according to the plan of today's Western racists, should add to the list of barbarians and savages. **False labels – “rogue country”, “authoritarian regime” – are already ready, they stigmatize entire peoples and states, and there is nothing new in this. There is nothing new in this: the Western elites are what they were, and have remained so – colonialist. They discriminate, divide peoples into the first and other grades.**

We have never accepted and will never accept such political nationalism and racism. **And what, if not racism, is Russophobia, which is now spreading all over the world?** What, if not racism, is the preemptory conviction of the West that its civilization, neoliberal culture is an indisputable model for the whole world? **“He who is not with us is against us.”** It even sounds strange.

Even the repentance for their own historical crimes is being shifted by the Western elites to everyone else, demanding both the citizens of their countries and other peoples to confess for what they have nothing to do with at all, for example, for the period of colonial conquests.

It is worth reminding the West that it began its colonial policy back in the Middle Ages, and then followed the global slave trade, the genocide of Indian tribes in America, the plunder of India, Africa, the wars of England and France against China, as a result of which it was forced to open its ports for trade opium. What they did was put entire nations on drugs, purposefully exterminated entire ethnic groups for the sake of land and resources, staged a real hunt for people like animals. This is contrary to the very nature of man, truth, freedom and justice.

And we – we are proud that in the 20th century it was our country that led the anti-colonial movement, which opened up opportunities for many peoples of the world to develop in order to reduce poverty and inequality, to overcome hunger and disease.

I emphasize that one of the reasons for the centuries-old Russophobia, the undisguised malice of these Western elites towards Russia is precisely that we did not allow ourselves to be robbed during the period of colonial conquests, we forced the Europeans to trade for mutual benefit. This was achieved by creating a strong centralized state in Russia, which developed

and strengthened itself on the great moral values of Orthodoxy, Islam, Judaism and Buddhism, on Russian culture and the Russian word open to all.

It is known that plans for interventions in Russia were repeatedly made, they tried to use the Time of Troubles at the beginning of the 17th century, and the period of upheavals after 1917 failed. The West nevertheless managed to seize the wealth of Russia at the end of the 20th century, when the state was destroyed. Then we were called both friends and partners, but in fact they treated us like a colony – trillions of dollars were siphoned out of the country under a variety of schemes. We all remember everything, we have not forgotten anything.

And these days, people in Donetsk and Luhansk, in Kherson and Zaporizhia have spoken out in favor of restoring our historical unity. Thank you! (Applause)

Western countries have been repeating for centuries that they bring freedom and democracy to other peoples. Everything is exactly the opposite: instead of democracy – suppression and exploitation; instead of freedom – enslavement and violence. **The entire unipolar world order is inherently anti-democratic and not free, it is deceitful and hypocritical through and through.**

The United States is the only country in the world to use nuclear weapons twice, destroying the Japanese cities of Hiroshima and Nagasaki. By the way, they set a precedent.

Let me also remind you that the United States, together with the British, turned Dresden, Hamburg, Cologne and many other German cities into ruins without any military necessity during World War II. And this was done defiantly, without any, I repeat, military necessity. There was only one goal: just as in the case of the nuclear bombings in Japan, to intimidate both our country and the whole world.

The United States left a terrible mark on the memory of the peoples of Korea and Vietnam with barbaric “carpet” bombing, the use of napalm and chemical weapons.

Until now, they actually occupy Germany, Japan, the Republic of Korea and other countries, and at the same time cynically call them equal allies. Listen, I wonder what kind of alliance is this? The whole world knows that the leaders of these countries are being watched, the first persons of these states are being installed listening devices not only in office, but also in residential premises. This is a real shame. A shame both for those who do this and for those who, like a slave, silently and meekly swallow this rudeness.

They call orders and rude, insulting shouts at the address of their vassals Euro-Atlantic solidarity, the development of biological weapons, experiments on living people, including in Ukraine, noble medical research.

It is with their destructive policy, wars, and robbery that they provoked today’s colossal surge in migration flows. Millions of people suffer deprivation, abuse, die by the thousands, trying to get to the same Europe.

Now they are exporting bread from Ukraine. Where is he going under the pretext of “providing food security for the world’s poorest countries”? Where is it going? Everything goes to the same European countries. There, five percent only went to the poorest countries in the world. Again, another swindle and outright deception.

The American elite, in fact, uses the tragedy of these people to weaken their competitors, to destroy nation states. This also applies to Europe, this also applies to the identity of France, Italy, Spain and other countries with a long history.

Washington is demanding more and more sanctions against Russia, and most European politicians meekly agree with this. They clearly understand that the United States, pushing through the EU’s complete renunciation of Russian energy carriers and other resources, is practically leading to the de-industrialization of Europe, to completely taking over the European market – they understand everything, these elites are European, they understand everything, but prefer to serve the interests of others. This is no longer servility, but a direct betrayal of their peoples. But God bless them, that’s their business.

But sanctions are not enough for the Anglo-Saxons, they switched to sabotage – unbelievable, but true – having organized explosions on the international gas pipelines of the Nord Stream, which run along the bottom of the Baltic Sea, they actually began to destroy the pan-European energy infrastructure. It is clear to everyone who benefits from this. Who benefits, he did, of course.

The US dictate is based on brute force, on fist law. Sometimes beautifully wrapped, sometimes without any wrapper, but the essence is the same – fist law. Hence the deployment and maintenance of hundreds of military bases in all corners of the world, the expansion of NATO, attempts to put together new military alliances such as AUKUS and the like. Active work is also underway to create a military-political link between Washington-Seoul-Tokyo. All those states that possess or seek to possess genuine strategic sovereignty and are capable of challenging Western hegemony are automatically included in the category of enemies.

It is on these principles that the US and NATO military doctrines are built, requiring nothing less than total domination. The Western elites present their neo-colonial plans in the same hypocritical way, even with a pretense of peacefulness, they talk about some kind of containment, and such a crafty word wanders from one strategy to another, but, in fact, means only one thing: undermining any sovereign centers of development.

We have already heard about the containment of Russia, China, Iran. I believe that other countries of Asia, Latin America, Africa, the Middle East, as well as current partners and allies of the United States, are next in line. We know that whatever they don’t like, they also impose sanctions against their allies – first against one bank, then against another; now against one company, now against another. This is the same practice, and will expand. They target everyone, including our closest neighbors – the CIS countries.

At the same time, the West has clearly and has long been wishful thinking. So, starting a sanctions blitzkrieg against Russia, they believed that they would once again be able to build the whole world on their command. But, as it turned out, such a rosy prospect excites far from everyone – perhaps complete political masochists and admirers of other non-traditional forms of international relations. Most states refuse to salute, and choose a reasonable path of cooperation with Russia.

The West clearly did not expect such disobedience from them. They just got used to acting according to a template, to take everything impudently, blackmail, bribery, intimidation, and convince themselves that these methods will work forever, as if they were ossified and frozen in the past.

Such self-confidence is a direct product not only of the notorious concept of one's own exclusivity – although this, of course, is simply surprising – but also of a real hunger for information in the West. They drowned the truth in an ocean of myths, illusions and fakes, using extremely aggressive propaganda, lying recklessly, like Goebbels. The more incredible the lie, the faster they will believe in it – that's how they act, according to this principle.

But people cannot be fed with printed dollars and euros. It is impossible to feed with these pieces of paper, and it is impossible to heat a home with the virtual, inflated capitalization of Western social networks. All this is important, what I'm talking about, but what was just said is no less important: you can't feed anyone with paper money – you need food, and you won't warm anyone with these inflated capitalizations – you need energy.

Therefore, politicians in the same Europe have to convince their fellow citizens to eat less, wash less often, and dress warmer at home. And those who begin to ask fair questions "actually, why is that so?" – are immediately declared enemies, extremists and radicals. They switch arrows to Russia, they say: here, they say, who is the source of all your troubles. They lie again.

What do I want to highlight in particular? There is every reason to believe that the Western elites are not going to look for constructive ways out of the global food and energy crisis, which arose through their fault, precisely through their fault, as a result of their many years of policy long before our special military operation in Ukraine, in the Donbass. They do not intend to solve the problems of injustice and inequality. There is a fear that they are ready to use other recipes that are familiar to them.

And here it is worth recalling that the West emerged from the contradictions of the early 20th century through the First World War. The profits from World War II allowed the United States to finally overcome the consequences of the Great Depression and become the largest economy in the world, to impose on the planet the power of the dollar as a global reserve currency. And the overdue crisis of the 80s – and in the 80s of the last century the crisis also aggravated – the West largely overcame by appropriating the legacy and resources of the Soviet Union that was collapsing and collapsed in the end. It is a fact.

Now, in order to extricate themselves from yet another tangle of contradictions, they need to break Russia and other states that choose the sovereign path of development at all costs in order to plunder other people's wealth even more and at this expense close and plug their own holes. If this does not happen, I do not rule out that they will try to completely bring the system to a collapse, on which everything can be blamed, or, God forbid, they will decide to use the well-known formula "the war will write everything off".

Russia understands its responsibility to the world community and will do everything to bring such hotheads to their senses.

It is clear that the current neo-colonial model is ultimately doomed. But I repeat that her real owners will cling to her to the end. They simply have nothing to offer the world, except for the preservation of the same system of robberies and racketeering.

In fact, they spit on the natural right of billions of people, most of humanity, to freedom and justice, to determine their own future on their own. Now they have completely moved to a radical denial of moral norms, religion, and family.

Let's answer some very simple questions for ourselves. I now want to return to what I said, I want to address all the citizens of the country – not only to those colleagues who are in the hall – to all the citizens of Russia: do we want to have, here, in our country, in Russia, parent number one, number two, number three instead of mom and dad – have they gone made out there? Do we really want perversions that lead to degradation and extinction to be imposed on children in our schools from the primary grades? To be drummed into them that there are various supposed genders besides women and men, and to be offered a sex change operation? Do we want all this for our country and our children? For us, all this is unacceptable, we have a different future, our own future.

I repeat, the dictatorship of the Western elites is directed against all societies, including the peoples of the Western countries themselves. This is a challenge for everyone. Such a complete denial of man, the overthrow of faith and traditional values, the suppression of freedom acquiring the features of a “reverse religion” [the opposite of what the religion is] – outright Satanism. In the Sermon on the Mount, Jesus Christ, denouncing the false prophets, says: By their fruits you shall know them. And these poisonous fruits are already obvious to people – not only in our country, in all countries, including many people in the West itself.

The world has entered a period of revolutionary transformations, they are of a fundamental nature. New development centers are being formed, they represent the majority – the majority! – of the world community and are ready not only to declare their interests, but also to protect them, and see multipolarity as an opportunity to strengthen their sovereignty, which means to gain true freedom, a historical perspective, their right to independent, creative, original development, to a harmonious process.

All over the world, including in Europe and the United States, as I said, we have many like-minded people, and we feel, we see their support. A liberation, anti-colonial movement against unipolar hegemony is already developing within the most diverse countries and societies. His subjectivity will only grow. It is this force that will determine the future geopolitical reality.

Dear friends!

Today we are fighting for a just and free path, first of all for ourselves, for Russia, for diktat, despotism to remain forever in the past. I am convinced that countries and peoples understand that a policy based on the exclusivity of anyone, on the suppression of other cultures and peoples, is inherently criminal, that we must turn this shameful page. The collapse of Western hegemony that has begun is irreversible. And I repeat again: it will not be the same as before.

The battlefield to which fate and history have called us is the battlefield for our people, for great historical Russia. (Applause)

For a great historical Russia, for future generations, for our children, grandchildren and great-grandchildren. We must protect them from enslavement, from monstrous experiments that are aimed at crippling their minds and souls.

Today we are fighting so that it would never occur to anyone that Russia, our people, our language, our culture can be taken and erased from history. Today, we need the consolidation of the entire society, and such cohesion can only be based on sovereignty, freedom, creation, and justice. Our values are humanity, mercy and compassion.

And I want to end my speech with the words of a true patriot Ivan Alexandrovich Ilyin: "If I consider Russia my Motherland, then this means that I love in Russian, contemplate and think, sing and speak Russian; that I believe in the spiritual strength of the Russian people. His spirit is my spirit; his fate is my fate; his suffering is my grief; its flowering is my joy."

Behind these words is a great spiritual choice, which for more than a thousand years of Russian statehood was followed by many generations of our ancestors. Today we are making this choice, the citizens of the Donetsk and Lugansk People's Republics, the residents of Zaporozhye and Kherson regions have made this choice. They made the choice to be with their people, to be with the Motherland, to live its destiny, to win together with it.

Behind us is the truth, behind us is Russia!

(Applause)

Quelle/URL:

<https://www.miragenews.com/full-text-of-putins-speech-at-annexation-866383/>

René Schneider: „Der russische Präsident Putin wird mir immer sympathischer, denn seine Politik ist der absolute Gegenentwurf zu einer deutschen und europa-unionistischen Politik, die ich zutiefst verabscheue und verachte! Jedes Wort, das ich in der vorstehenden Rede durch Fettdruck oder Farbe hervorgehoben habe, kann ich mir persönlich zu eigen machen.

Und wenn es wegen der unvorstellbaren Dummheit oder wegen der ganz besonders niedrigen und verabscheuungswürdigen Gesinnung der deutschen Regierung einen Krieg in Europa geben muß, der nicht ausgebrochen wäre, wenn Olaf Scholz und seine entweder unendlich dummen oder aber verbrecherischen Komplizen sich aus dem russisch-ukrainischen Konflikt herausgehalten – und neutral verhalten – hätten, wie sich das in solchen Fällen gehört, dann habe ich nur noch den einen Wunsch, *„die Atom-Pilze über Kiew, Brüssel, Berlin, Washington und vielen anderen Städten in den USA und ihren NATO-Partnern im Fernsehen zu sehen, bevor der atomare Overkill wirkt, und alles Leben auf dieser Erde auslöscht.“*

Mögen gerechte Götter die verfluchte ‚Wertegemeinschaft‘ der EU, der NATO und des WEF endlich ausrotten; nur das will ich unbedingt noch erleben!“

* * *

Internationales Recht und Diplomatie

No. 28283 vom 1. Oktober 2022 – Präsident Putins Rede vom 30. September 2022

URL: <http://www.Schneider-Institute.de/28283.pdf>

WWW.SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

INSTITUT FÜR VÖLKERRECHT

Schneider-Institute.de · Breul 16 · 48143 Münster

An

Internationales Recht und Diplomatie

Generaldirektor

RENÉ SCHNEIDER

BREUL 16

48143 MÜNSTER

Telefax (02 51) 3 99 71 62

Telefon (02 51) 3 99 71 61

von 11 bis 21 Uhr

Daten gespeichert gemäß DSGVO
USt-IdNr.: DE198574773

3. Oktober 2022 – No. 28284

Gedanken zum Tag der Deutschen Einheit

Wer, wie ich, durch Geburt, Erziehung und Studium geprägt und fest verwurzelt ist in der Verfassungswirklichkeit der „Bonner Republik“, als es neben dem friedliebenden Westdeutschland noch die „DDR“ in Mitteldeutschland und das unvergessene Ostdeutschland jenseits der Oder gab, der ist durch die heutigen Politiker und ihre unmittelbaren Vorgänger genau viermal „verraten und verkauft“ worden:

Erstens. Der sogenannte Einigungsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 hat die deutschen Länder nicht vereint, sondern er hat – zusammen mit den anderen Verträgen^[1] – die Teilung zwischen der erweiterten Bundesrepublik Deutschland und dem unvergessenen Ostdeutschland vorerst zementiert. Diese „Berliner Republik“ ist nicht mein Deutschland.

Zweitens. Die „Berliner Republik“ hat gemeinsam mit ihren internationalen Komplizen in der NATO am 24. März 1999 die souveräne Bundesrepublik Jugoslawien mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg überfallen. Die militärischen Angreifer und ihre politischen Hintermänner sind ehrlose und gewissenlose Verbrecher, die nach Recht und Gesetz verfolgt und bestraft werden müssen, ein Vergeben oder Vergessen dieses verbrecherischen Angriffskrieges ist niemals möglich! ^[2]

Drittens. Die „Berliner Republik“ hat durch den Vertrag von Maastricht und später durch den Vertrag von Lissabon die Gründung der „Europäischen Union“ und die Abschaffung der nationalen Währung beschlossen. Am 1. Januar 2002 wurde die gute Deutsche Mark durch den wertlosen Euro ersetzt: „Ein Volk ohne eigene Währung hat auch keinen eigenen Wert!“

Viertens. Die „Zeitenwende“ von Olaf Scholz ist der Anfang vom Ende: Das deutsche Volk wird schon sehr bald hungern, frieren, und in einem Dritten Weltkrieg untergehen!

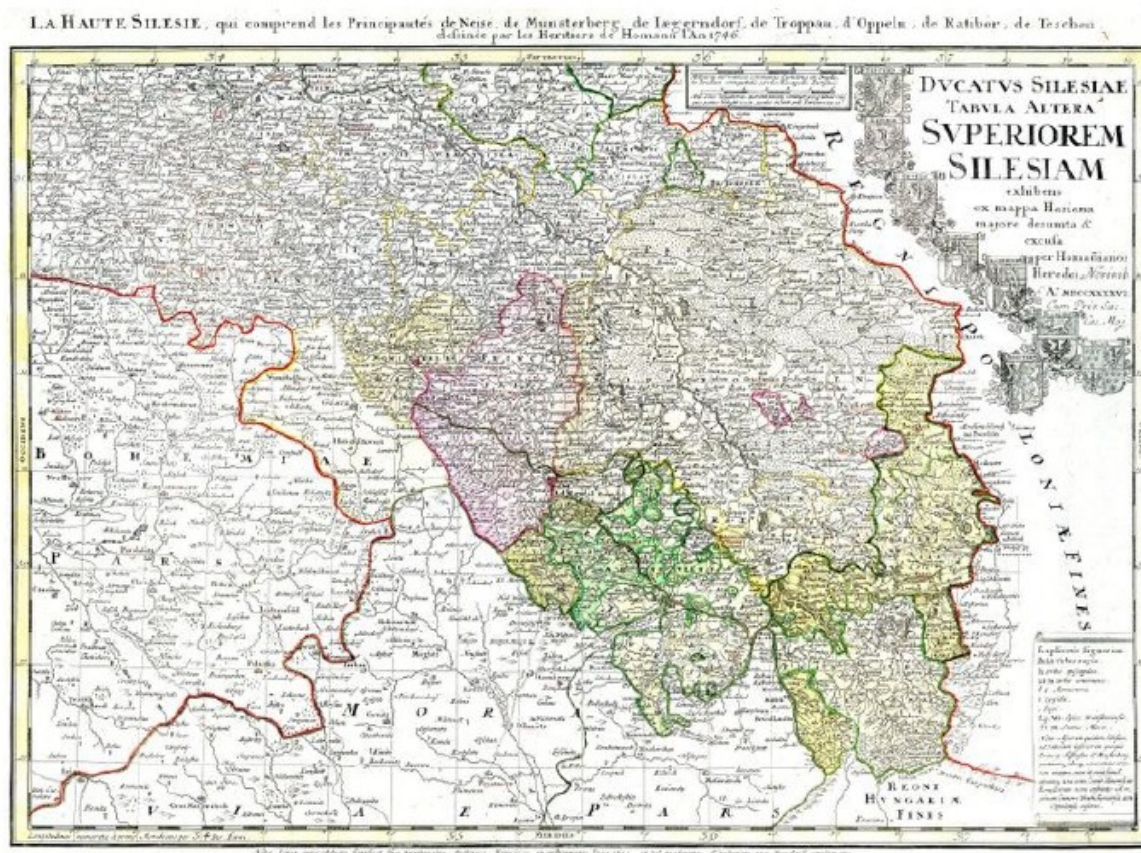
Fußnoten:

1) "Zwei-plus-Vier-Vertrag" vom 12. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 1318) und Vertrag vom 14. November 1990 (BGBl. 1990 II 1328) im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen wegen der polnischen Westgrenze

2) INSTITUTING PROCEEDINGS (YUGOSLAVIA v. GERMANY), URL: <http://www.icj-cij.org/docket/files/108/7161.pdf>

© 2022-2025 · RENÉ SCHNEIDER · BREUL 16 · 48143 MÜNSTER · SCHNEIDER-INSTITUTE.DE

Telefax (privat) · Telefon (privat) · E-Mail: Schneider@muenster.de



Meine lieben Landsleute, deutsche Volksgenossen, wenn ich heute die einfache Frage stelle: „Wem gehört Schlesien?“, dann lautet die – politisch-korrekte – Antwort: „Den Polen!“

1990 hat die Regierung Kohl/Genscher das urdeutsche Land östlich der Oder schamlos verschenkt, und der damalige Deutsche Bundestag hat mit dem Zustimmungsgesetz zu dem deutsch-polnischen Vertrag über die „polnische Westgrenze“ diesen staats-verbrecherischen Verzicht leider legalisiert. Hintergrund war der schöne Schein der vollen Souveränität für Deutschland nach dem „Einigungsvertrag“ vom 12. August 1990 und dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990, zwei sehr unschöne und völkerrechtlich wie staatsrechtlich sehr fragwürdige Gebilde in der Tradition der Ostpolitik der 1970er Jahre, und natürlich werden diese Verträge heute „schöngeredet“ statt kritisch hinterfragt. Meine persönliche Meinung dazu – leider eine juristische und politische Mindermeinung – ist ganz einfach: Jeder deutsche Politiker, der 1990 daran beteiligt war, urdeutsches Land an Polen zu verschenken, sei es durch verhandeln, unterzeichnen oder genehmigen der Verträge, war ganz offensichtlich, und auch für den medizinischen Laien ganz klar erkennbar, geisteskrank, und deshalb sind diese Verträge, die von den erkennbar und offensichtlich Geisteskranken verhandelt, unterschrieben und genehmigt wurden, schlicht unwirksam. — In der politischen Wirklichkeit und in der Staatenpraxis sieht das bekanntlich anders aus, und deshalb habe ich den deutsch-polnischen Weg von 1990 auch als Lösung des russisch-ukrainischen Konfliktes von 2022 vorgeschlagen: So wie die schlesische Landkarte von 1746 bis 1990 mehrfach neu gezeichnet werden mußte, ist auch die ukrainische Landkarte von 1990 und 2022 nicht in Stein gemeißelt.

So wie Deutschland 1990 auf Schlesien und seine anderen Ostgebiete verzichtet hat, und dafür den „Frieden“ – oder wenigstens eine friedliche Ostgrenze am Oderfluß – erhielt, so sollte heute die Ukraine ihr Territorium östlich des Dnjepr-Flusses gegen einen Frieden mit Rußland tauschen, statt den Kampf gegen die berechtigten Ansprüche des Nachbarn unendlich lange fortzusetzen, und von Rechten wegen unbeteiligte Drittstaaten in den Konflikt hineinzuziehen und sie dadurch zu schädigen!

Vgl. <http://www.Schneider-Institute.de/28205.pdf>

Am 30. September 2022 hielt der russische Präsident Wladimir Putin eine Rede, die als Antwort und Gegenentwurf auf die völkerrechts-verbrecherische „Zeitenwende“ von Olaf Scholz verstanden werden muß.

Olaf Scholz und seine Genossen in der Europäischen Union haben Deutschland und Europa an die USA und an die NATO „verraten und verkauft“. Wir stehen deshalb heute vor dem Dritten Weltkrieg, und dieser Krieg wird ein ATOM-KRIEG sein!

* * *

Es folgt eine gekürzte Fassung der Rede von Präsident Wladimir Putin vom 30.09.2022, zitiert nach der australischen Internet-Seite „Miragenews.com“, also eine englische Übersetzung:

1 Oct 2022 9:12 am AEST Date Time

Dear citizens of Russia, citizens of the Donetsk and Lugansk People's Republics, residents of the Zaporozhye and Kherson regions, deputies of the State Duma, and senators of the Russian Federation! [...]

I want the Kyiv authorities and their real masters in the West to hear me, so that everyone remembers this: people living in Lugansk and Donetsk, Kherson and Zaporozhye become our citizens forever. [...]

After the collapse of the Soviet Union, the West decided that the world, all of us, would forever have to put up with its dictates. Then, in 1991, the West expected that Russia would not recover from such shocks and would fall apart on its own. Yes, it almost happened – we remember the 90s, the terrible 90s, hungry, cold and hopeless. But Russia resisted, revived, strengthened, again took its rightful place in the world. [...]

The West is ready to step over everything in order to preserve the neo-colonial system that allows it to parasitize, in fact, to plunder the world at the expense of the power of the dollar and technological dictates, to collect real tribute from humanity, to extract the main source of unearned prosperity, the rent of the hegemon. The maintenance of this rent is their key, genuine and absolutely self-serving motive. That is why total desovereignization is in their interests. Hence their aggression towards independent states, towards traditional values and original cultures, attempts to undermine international and integration processes beyond their control, new world currencies and centers of technological development. It is critical for them that all countries surrender their sovereignty to the United States.

The ruling elites of some states voluntarily agree to do this, voluntarily agree to become vassals; others are bribed, intimidated. And if it doesn't work out, they destroy entire states, leaving behind humanitarian catastrophes, disasters, ruins, millions of ruined, mangled human destinies, terrorist enclaves, social disaster zones, protectorates, colonies and semi-colonies. They don't care as long as they get their own benefit. [...]

The West is counting on impunity, on getting away with everything. In fact, everything has gotten away with it so far. Agreements in the field of strategic security go to the wastebasket; agreements reached at the highest political level are declared false; firm promises not to expand NATO to the east, as soon as our former leaders bought into them, turned into a dirty deceit; treaties on anti-missile defense and intermediate- and shorter-range missiles have been unilaterally broken under far-fetched pretexts.

All we hear from all sides is that the West stands for order based on rules. Where did they come from? Who even saw these rules? Who agreed? Listen, this is just some kind of nonsense, sheer deception, double or already triple standards! It's just designed for fools.

Russia is a great millennial power, a country-civilization, and will not live by such rigged, false rules.

It is the so-called West that has trampled on the principle of the inviolability of borders, and now, at its own discretion, decides who has the right to self-determination and who does not, who is not worthy of it. Why they decide so, who gave them such a right is not clear. To themselves. [...]

Western elites deny not only national sovereignty and international law. Their hegemony has a pronounced character of totalitarianism, despotism and apartheid. They brazenly divide the world into their vassals, into the so-called civilized countries and into all the rest, who, according to the plan of today's Western racists, should add to the list of barbarians and savages. False labels – "rogue country", "authoritarian regime" – are already ready, they stigmatize entire peoples and states, and there is nothing new in this. There is nothing new in this: the Western elites are what they were, and have remained so – colonialist. They discriminate, divide peoples into the first and other grades. [...]

The United States is the only country in the world to use nuclear weapons twice, destroying the Japanese cities of Hiroshima and Nagasaki. By the way, they set a precedent.

Let me also remind you that **the United States, together with the British, turned Dresden, Hamburg, Cologne and many other German cities into ruins without any military necessity** during World War II. And this was done defiantly, without any, I repeat, military necessity. There was only one goal: just as in the case of the nuclear bombings in Japan, to intimidate both our country and the whole world.

The United States left a terrible mark on the memory of the peoples of **Korea and Vietnam** with barbaric "carpet" bombing, the use of napalm and chemical weapons.

Until now, they actually occupy Germany, Japan, the Republic of Korea and other countries, and at the same time cynically call them equal allies. Listen, I wonder what kind of alliance is this? The whole world knows that the leaders of these countries are being watched, the first persons of these states are being installed listening devices not only in office, but also in residential premises. This is a real shame. A shame both for those who do this and for those who, like a slave, silently and meekly swallow this rudeness. [...]

Washington is demanding more and more sanctions against Russia, and most European politicians meekly agree with this. They clearly understand that the United States, pushing through the EU's complete renunciation of Russian energy carriers and other resources, is **practically leading to the de-industrialization of Europe**, to completely taking over the European market – they understand everything, these elites are European, they understand everything, but prefer to serve the interests of others. **This is no longer servility, but a direct betrayal of their peoples.** But God bless them, that's their business.

But sanctions are not enough for the Anglo-Saxons, **they switched to sabotage – unbelievable, but true – having organized explosions on the international gas pipelines of the Nord Stream**, which run along the bottom of the Baltic Sea, they actually began to destroy the pan-European energy infrastructure. **It is clear to everyone who benefits from this. Who benefits, he did, of course.**

The US dictate is based on brute force, on fist law. Sometimes beautifully wrapped, sometimes without any wrapper, but the essence is the same – fist law. [...]

They drowned the truth in an ocean of myths, illusions and fakes, using extremely aggressive propaganda, **lying recklessly, like Goebbels.** The more incredible the lie, the faster they will believe in it – that's how they act, according to this principle.

But people cannot be fed with printed dollars and euros. It is impossible to feed with these pieces of paper, and it is impossible to heat a home with the virtual, inflated capitalization of Western social networks. All this is important, what I'm talking about, but what was just said is no less important: you can't feed anyone with paper money – you need food, and you won't warm anyone with these inflated capitalizations – **you need energy.**

Therefore, politicians in the same Europe have to convince their fellow citizens to eat less, wash less often, and dress warmer at home. And those who begin to ask fair questions "actually, why is that so?" – are immediately declared **enemies, extremists and radicals.** They switch arrows to Russia, they say: here, they say, who is the source of all your troubles. They lie again.

[...]

Let's answer some very simple questions for ourselves. I now want to return to what I said, I want to address all the citizens of the country – not only to those colleagues who are in the hall – to all the citizens of Russia: **do we want to have, here, in our country, in Russia, parent number one, number two, number three instead of mom and dad – have they gone made out there? Do we really want perversions that lead to degradation and extinction to be imposed on children in our schools from the primary grades? To be drummed into them that there are various supposed genders besides women and men, and to be offered a sex change operation? Do we want all this for our country and our children? For us, all this is unacceptable, we have a different future, our own future.**

I repeat, the dictatorship of the Western elites is directed against all societies, including the peoples of the Western countries themselves. This is a challenge for everyone. Such a complete denial of man, the overthrow of faith and traditional values, the suppression of freedom acquiring the features of a "reverse religion" [the opposite of what the religion is] – outright Satanism. In the Sermon on the Mount, Jesus Christ, denouncing the false prophets, says: By their fruits you shall know them. And these poisonous fruits are already obvious to people – not only in our country, in all countries, including many people in the West itself. [...]

All over the world, including in Europe and the United States, as I said, we have many like-minded people, and we feel, we see their support. A liberation, anti-colonial movement against unipolar hegemony is already developing within the most diverse countries and societies. His subjectivity will only grow. It is this force that will determine the future geopolitical reality. [...]

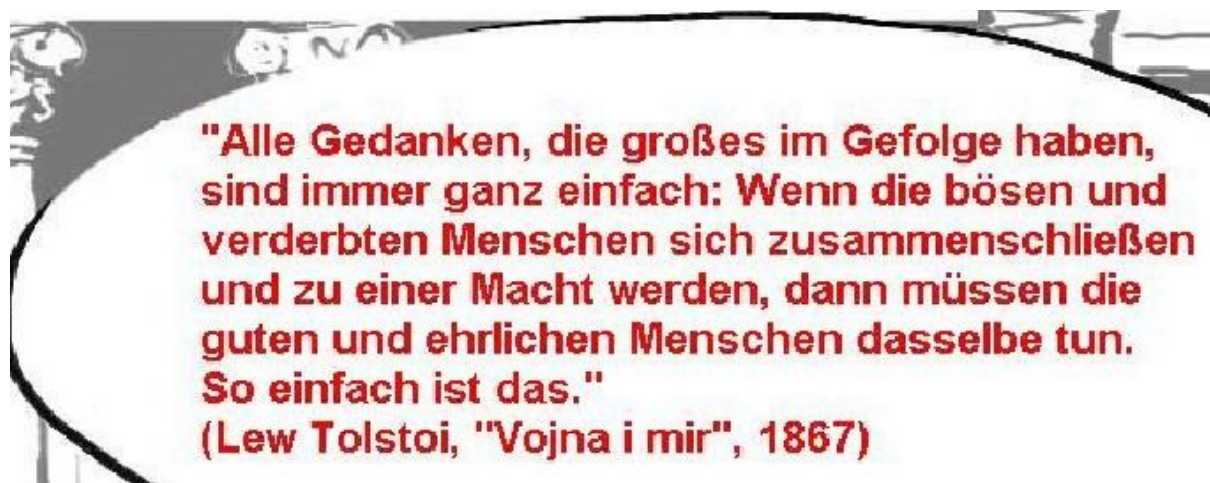
Behind us is the truth, behind us is Russia!

Quelle/URL:

<https://www.miragenews.com/full-text-of-putins-speech-at-annexation-866383/>



René Schneider: Auf die „Zeitenwende“ von Olaf Scholz sollte eine „Politik-Wende“ folgen, und der heutige Feiertag wäre ein guter Anfang dafür! —



Übersetzt und zitiert nach dem Film „Krieg und Frieden“,
Teil 1, von Sergei Bondartschuk, UdSSR 1966.



*
* * *

¹ „Wandel und Wechsel liebt, wer lebt; das Spiel drum kann ich nicht sparen!“ (Wotan, in: Das Rheingold“ von Richard Wagner, Zweite Szene)

² „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf von Immanuel Kant. Königsberg, bey Friedrich Nicolovius. 1795.“ (Buchstabengetreu zitiert nach dem Titelblatt der Erstausgabe.)

³ „Zum ewigen Frieden“, Kant, 1795, Seite 3

⁴ Die Geschichte Schlesiens ist bemerkenswert wechselhaft,
vgl. <https://dewiki.de/Lexikon/Schlesien> (mit weiteren Nachweisen).

⁵ URL: https://www.dewiki.de/Lexikon/Schlesische_Kriege (mit weiteren Nachweisen)

⁶ URL: https://www.dewiki.de/Lexikon/Schlesische_Kriege (mit weiteren Nachweisen)

⁷ URL: https://www.dewiki.de/Lexikon/Schlesische_Kriege (mit weiteren Nachweisen)

⁸ „Die Werke Friedrichs des Großen in deutscher Übersetzung“, herausgegeben von Gustav Berthold Volz, 1913, Dritter Band, „Geschichte des Siebenjährigen Krieges“, Erster Teil, Seite 166

⁹ URL: <https://dewiki.de/Lexikon/Schlesien> (mit weiteren Nachweisen)